

# zum Thema

LEBEN IN DER DEMOKRATIE

AUSGABE NR. 3 • 2009

SCHWERPUNKT „DEMOKRATIE“

DEMOKRATIE UND AUFKLÄRUNGSZEIT SEITE 8

LEBEN IN DER NS-DIKTATUR SEITE 12

DEMOKRATIE ALS LEBENSFORM SEITE 24

STAATSBÜRGER IN UNIFORM SEITE 30

IMPRESSUM SEITE 32

## Zur Geschichte der Demokratie



Die Geschichte der Demokratie wirft ein Licht auf die geistesgeschichtliche Entwicklung des Menschen. Demokratie ist Volksherrschaft, Herrschaft der Bürger. Und Bürger sind – nach unserem heutigen Verständnis – ausnahmslos alle Menschen. Demokratie setzt somit ein Bild vom Menschen voraus, der mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet ist. Dieses uns Heutigen so selbstverständliche Menschenbild hatte aber keineswegs zu allen Zeiten Bestand, sondern kristallisierte sich erst in einem jahrhundertelangen Prozess heraus, bis es zu einer unhintergehbaren und nicht mehr zu hinterfragenden Voraussetzung und Grundlage für zahlreiche Verfassungen und Menschenrechtserklärungen wurde. Die Geschichte der Demokratie ist also, wie im Folgenden näher erläutert wird, eng verwoben mit der Geschichte der Anthropologie.

### Ein Rückblick in die Antike

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Soldatinnen und Soldaten!

In einer Demokratie zu leben ist für die Mehrheit der Deutschen mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Dabei handelt es sich bei der Herrschaft des Volkes ...

Die Herrschenden haben die Demokratie nie freiwillig gewährt. Davon zeugt die Geschichte ...

Demokratie ist ohne Anerkennung der Menschenrechte undenkbar. Menschenrechte aber sind im Kern Freiheitsrechte ...

Wer von Ihnen bereits im Ausland eingesetzt war, wird sich an dieser Stelle vermutlich so gleich bewusst, dass dieser Grundsatz und alles, was für uns wie selbstverständlich aus ihm folgt ...

Vielleicht ist manch einem von Ihnen bei einem Auslandsbesatzungsangebots der Erfahrungen in dem jeweiligen Land auch schon der Gedanke durch den Kopf gegangen ...

Ihr Manfred Suermann

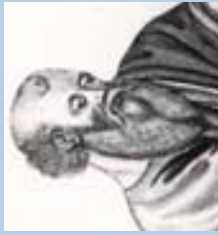
Die antiken griechischen Stadtstaaten, allen voran Athen, gelten als die Wiege der Demokratie ...

Die Demokratie in Athen bildete sich allerdings eher mühsam im sechsten und sechsten Jahrhundert v. Chr. heraus ...

Die Demokratie in Athen bildete sich allerdings eher mühsam im sechsten und sechsten Jahrhundert v. Chr. heraus ...

Die Demokratie in Athen bildete sich allerdings eher mühsam im sechsten und sechsten Jahrhundert v. Chr. heraus ...

Die Demokratie in Athen bildete sich allerdings eher mühsam im sechsten und sechsten Jahrhundert v. Chr. heraus ...



Aristoteles

teilnehmen; sie war ohne Rechte. Dies betraf zum einen die Frauen. Auch die Sklaven, die im antiken Griechenland ...

Damit ist aber nur eine der Begrenztheiten der Polisdemokratie angesprochen ...

Der einzelne Bürger war frei und gleich nur als Mitglied der Bürgerversammlung ...

Die Demokratie relativ schnell wiederhergestellt, aber die Ereignisse tüberungerschaft ...



Solon



Platon

So hielt der Philosoph Sokrates Allerdings: Weder Platon noch Aristoteles stellten die Tatsache ...

Auch von Aristoteles (384-322 v. Chr.) wird die radikale Demokratie abgelehnt ...

# Leben in einer Diktatur

Viele, die in demokratischen Verhältnissen leben und aufgewachsen sind, halten deren Existenz für allzu selbstverständlich. Um Demokratie bewusster wahrnehmen und eventuell auch neu wertschätzen zu lernen, ist es hilfreich, sich das genaue Gegenteil, die Diktatur, vor Augen zu führen. Dem dienen die folgenden Ausführungen über den Alltag in der DDR.

Die DDR ist Vergangenheit. Den Alltag von damals zu beschreiben heißt, entweder sich zu erinnern oder Erinnerungen anderer zusammenzutragen. Wer heute über damals berichten will, muss auswählen, sich auf das Bemerkenswerte, Besondere, Interessante konzentrieren – interessant insbesondere für diejenigen, die diesen Alltag selbst nicht miterlebt haben. Damals war Alltag Alltag, unbegriff des Normalen. Die rückblickende Darstellung für unbeteiligte Dritte entnormalisiert fast zwangsläufig das damals Normale, macht es „unnormale“ – ohne dass sich dadurch alles damals Normale heute als „verkehrt“ ausnimmt.

Was hätten damals die meisten DDR-Bürger als charakteristisch für ihren Alltag benannt? Dass es der Alltag in einer Diktatur war, sollte man annehmen. Doch das ist keineswegs sicher. Zum einen war das Wort „Diktatur“ ja umfunktioniert. Ganz offiziell wurde die politische Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik als „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet. Demokratie, Republik und Diktatur waren damit begrifflich ein und dasselbe! Zum anderen: Die politischen Verhältnisse als diktatorisch zu brandmarken, d. h. Fundamentalkritik zu üben, war le-

bensgefährlich. Die einen wussten das und vermieden deshalb, solche Kritik auszusprechen. Die anderen gingen, oft unbewusst, ein Schritt weiter und vermieden es, das Lebensgefährliche auch nur zu denken. Sie hörten auf, das Verkehrte weiter für verkehrt zu halten.

Und schließlich: Viele Menschen, vor allem viele Intellektuelle, reduzierten ihre Kritik auf die Formel: „Die Idee des Sozialismus ist gut, bloß die Durchführung ist schlecht.“ Auch wenn sie sich als couragiert und oppositionell verstanden haben mögen – letztlich war auch diese Haltung systemstabilisierend.

Was in einer Diktatur besonders gut gedeiht, ist der politische Witz. Er ist ein authentisches Zeugnis der nicht korruptierten Wahrnehmung des Volkes. Ein Beispiel: Ein Arbeiter wird interviewt: „Was ist Ihre Meinung zu unserer Volkspolitik?“ „Da schließe ich mich ganz den Ausführungen der Genossen Margot Honecker an.“ „Und was ist Ihre Meinung zu unserer Volkspolitik?“ „Da schließe ich mich ganz den Ausführungen des Genossen Günter Mittag an.“ Und so weiter. „Ja, haben Sie denn gar keine eigene Meinung?“ „Doch, aber der schleibe ich mich nicht an ...“

Was die DDR-Bürger damals wohl eher als charakteristisch für ihren Alltag benannt hätten, wäre sicherlich die Mangelwirtschaft gewesen. „Haben Sie Teppiche?“ „Nein, keine Teppiche gibt's eine Etage höher, hier gibt's keine Schuhe.“ Die Menschen waren eine Gesellschaft von Jägern und Sammlern und sehr erfindlich in der Kompensation des Mangels. Das hat vielen Erfolgserlebnisse verschafft, die heute nicht mehr möglich sind, weil man jederzeit kaufen kann, was man im Alltag braucht. Was mühsam erworben und schwer ersetzbar ist, wird höher geschätzt. Die Dinge waren

wertvoller als heute. Man hat mit viel Fantasie repariert, was heute einfach weggeworfen wird. Wer ein Auto hatte, hatte die notwendigen Ersatzteile, vor allem einen Abspuff, im Keller, weil auf den Ersatzteilhandel kein Verlass war. Der Mangel hatte auch eine kommunikative Seite: Hilfst du mir, helf ich dir. Wenn jemand etwas brauchte, fand sich immer ein anderer, der es besorgen konnte – und wenn es in dem Betrieb war, wo er arbeitete. „Das kostet

der Bezugsschein für ansonsten Unerreichbares. Wer in einem Inserat für seltene Ware Westgeld zu zahlen bereit war, schrieb „Tausche blaue Fliesen gegen ...“, die 100-DM-Scheine waren blau Westgeld hatte am ehesten jemand mit Westkontakten, die aber waren den SED-Funktionären untersagt. Das alles galt allerdings erst für die Siebziger- und Achtzigerjahre. Bis zum Bau der Mauer war der Besitz von Westgeld ein Verhaftungsgrund. Und mit Westgeld in der Tasche in Grenznähe erwischt zu



Das Interesse an Aktenansicht bei der Bundesbehörde für Stasi-Unterlagen ist nach wie vor groß

vieleorts bestritten. Allerdings: Der Prozess der Individualisierung mit dem Soziologen die westdeutsche Gesellschaft, beschrieben haben, war wohl in der DDR nicht so ausgeprägt.

Die Karriereentwässerung in der Tat insofern gedämpft, dass viele sich sagten: Von einer höheren Position in diesem System habe ich doch bloß mehr Ärger als Vorteile. Außerdem wird dann erwartet, dass ich SED-Mitglied werde. Und das wollten viele nicht, aus ganz verschiedenen Gründen: der Par- unangenehme Parteaufträge einbringen konnte, der politischen Dauerschulung wegen, weil sie ihre Beziehungen zu westlichen Verwandten nicht abbrechen wollten, oder auch, weil der SED-Parteilbeitrag ziemlich hoch war. Im Betrieb eine ruhige Kugel schieben („Nach eins macht jeder seins“), danach mit ein bisschen Feierabendarbeit dazuverdienen und dann alle Kraft ... in die Datsche (das Wochenendausflugschicken, das ergab für viele einfach eine günstigere Gesamtbilanz. Das war keine Drückbergerei, sondern hing u. a. damit zusammen, dass die Arbeit im Betrieb in einer Mangel- und Kommandowirtschaft frustrierte. Ständig fehlten Ersatzteile, Zulieferungen blieben aus und der Plan sollte dennoch erfüllt werden.

Ein Grundsatz war sehr beliebt: „am besten nicht auffallen“. Das war ein Gebot der Vorsicht. Denn wer auffiel, insbesondere der Stasi, konnte nicht mit Nachsicht rechnen. Man war sehr wählerisch in der Frage, wer man zu sich nach Hause einlud. Und im Gespräch mit Unbekannten war man äußerst zurückhaltend bei politischen Themen.

Außerdem gab es wohl echte Kommunikationsverbote: Der sowjetische Militärarzt, der, vermittelt durch die Kinder, zu einer ostdeutschen Familie auf derselben Straße freundschaftliche Beziehungen aufnahm, wurde deshalb

werden, konnte auch späterhin als Indiz für einen „Republikfluchtversuch“ gewertet werden. Bis zuletzt wurde bestraft, wer beim Tausch von Westgeld gegen Ostgeld oder umgekehrt erwisch wurde. Heute loben viele an der DDR die menschliche Wärme; damals habe sich nicht alles, wie heute, um Geld und Karriere gedreht. Daran ist wohl nur richtig: Es ging damals mehr um Waren als um (Ost-)Geld. Dass es den DDR-Bürgern im Unterschied zu den Westdeutschen vor allem um ideale und nicht um materielle Werte gegangen sei, wird

nichts“, hieß es dann, „Honecker hat doch gesagt, wir sollen noch mehr aus unseren Volkseigenen Betrieben herausholen.“ In einer Marktwirtschaft ist der Kunde König, in einer Mangelwirtschaft der Verkäufer, weil er über das verfügt, was knapper ist als Geld, nämlich Waren. Diese gehen ihm nicht, aber er kann über ihre Verteilung entscheiden. Der Tausch „Waren gegen Ware“ war in der DDR weitaus effektiver als der Tausch „Geld gegen Ware“. Und die wertvollsten Waren waren die Westwaren – und das Westgeld,

umgehend nach Moskau versetzt. – In einem Dorf standen Pfarrhaus und Schule nebeneinander. Die Vorschulkinder des Pfarrers und des Schulleiters spielten zusammen. Als sie in die Schule kamen, erklärte der Schulleiter dem Pfarrer freundlich und mit Bedauern: „Sie werden verstehen, dass unsere Kinder jetzt nicht mehr zusammen spielen können, bei meiner Stellung.“ – Der Polizist, dessen verstorbene Mutter ein christliches Begräbnis gewünscht hatte, kam im Dunkeln zum Pfarrer, um die Beerdigung zu besprechen: „Eigentlich sollen wir ja gar nicht mit Ihnen sprechen, aber es war doch der letzte Wille meiner Mutter.“

Der Rückzug ins Private war nur sehr begrenzt möglich. Dafür waren die verschiedenen Lebensbereiche zu sehr miteinander verwoben und standen unter ständiger Kontrolle. Ein Lob oder Tadel der Kinder in der Schule wurde an die Arbeitsstelle gemeldet. Wenn das Kind nicht in die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), die DDR-Jugendorganisation, eintrat, konnte es im Betrieb deshalb ein „Kadergespräch“ geben. Spitzel saßen auch in jedem Lehrerkollegium. Ein kritischer Brief an die SED-Zeitung „Neues Deutschland“ landete ohnehin bei der Stasi und konnte eine Vorladung zur Folge haben. Außerdem gab es Sippenhaft. So konnte jemand mit Gefängnis bestraft werden, weil seine erwachsenen Geschwister einen Republikausreisepass unterschrieben hatten und er Mitwisser war. Und überhaupt: Der Zugang zur Oberschule hing zumeist von der „sozialen Herkunft“ – Arbeiter- und Bauernkinder sollten bevorzugt werden –, der weltanschaulichen Orientierung und der politischen Zuverlässigkeit des Elternhauses ab, für die bekanntlich kein Kind etwas kann.

Das Umtrieblische der Staatsmacht in der Diktatur beruhte auf ihrer Undurchschaubarkeit und Unberechenbarkeit. Sie war eine Blackbox. Man wusste nie sicher,

ob man im Stand der Gnade, der Ungnade oder der Unaufälligkeit war. Man musste raten, warum die Aufenthaltsgenehmigung für die Wessverwandten abgelehnt wurde. Eine Begründung bekam man nicht und Widerspruchsmöglichkeiten waren gar nicht vorgesehen. Dadurch wurde das Risiko aufzupflügen oder unangepasstes Verhalten un kalkulierbar. Einigenmaßen sicher war man nur im Bereich des allgemein Üblichen, also in der Unaufälligkeit.

Die Kriminalstatistik wurde geheim gehalten, sodass nach 1990 zunächst viele der Meinungen waren, die Kriminalität wachse, sprunghaft an, was zwar der SED-Propaganda vom verkommenen Kapitalismus entsprach, nicht aber den Tatsachen. Man könnte das spezifische des DDR-Alltags auch danach rekonstruieren, worüber die DDR-Bürger nach 1990 vor allem gestöhnt haben, denn das war das bisher Ungewöhnliche. Dazu gehörte die Arbeitslosigkeit. Die hatte es in der DDR höchst selten gegeben, nämlich als Strafe etwa für Ausreisewillige – aber ohne Arbeitslosengeld! Sonst hatte jeder einen Arbeitsplatz sicher und auf Lebenszeit. Ob er auf dieser Arbeitsstelle auch etwas zu tun hatte und ob es sich dabei um etwas Sinnvolles handelte, war eine ganz andere Frage. Die Arbeitsproduktivität in der DDR betrug denn auch nur 30 Prozent der westlichen. Das war nichts anderes als verdeckte Arbeitslosigkeit.

An zweiter Stelle zu nennen ist der Gang vor Gericht. Das man gegen eine Kündigung klagen kann, so gar mit einigen Erfolgsaussichten, das war 1990 völlig neu. Auch dass man in Grundstücksangelegenheiten plötzlich ein Gericht anrufen musste oder sich gegen eine Behördenentscheidung gerichtlich vorgehen ließ – es hatte in der DDR keine Verfassungsgerichts gegeben. Der Rechtsweg galt als vermintes Gelände, das man möglichst nicht, vor allem wenn man

befürchten musste, dass die Sache irgendwie ins Politische gezogen werden konnte ... Vieles, etwa Streit zwischen Nachbarn, wurde außergerichtlich in Konfliktkommissionen vor Ort geregelt, was im Prinzip allerdings gar nicht schlecht war. Anderes bewirkten Eingaben, meist direkt an Honcker, was gar nicht selten Erfolg hatte. Im Grunde war das ein Gnadenrecht, durch das der Staat sich als „gütiger Vater“ präsentierte. Das hatte nach 1990 für viele fatale Folgen. Sie übersahen nämlich die üblichen Einspruchsfristen der Rechtsmittelbehörden, denn bei den Eingaben gab es ja solche Fristen nicht. Sie betrachteten die Ersetzung des (feudalen) Gnadenrechts durch verbindliche Rechtsregeln als Verschlechterung. Dass man den Rechtsweg tunlichst mied, beruhte auf Erfahrung.

Der Alltag in der DDR war der Alltag in einer Diktatur. Da lässt sich eine Frage gar nicht unterdrücken: Wie verhielt dieser sich denn zum Alltag in der anderen deutschen Diktatur, der Nazizeit? An beiden Alltags lässt sich leider sehr viel Vergleichbares entdecken, vergleicht man nicht 1944 mit 1988, sondern 1937 mit 1974. Keine Arbeitslosen, ein herrliches Urlaubsprogramm für die arbeitende Bevölkerung, „Kraft durch Freude“ dort, FDGB-Ferienlast hier, die Aussicht auf ein eigenes Auto, Volkswagen dort, Trabant hier, Ja, es gab Bevölkerungsgruppen, die diskriminiert wurden, die Rassenfeinde dort, die Klassenfeinde hier, aber das war eine Minderheit, die Mehrzahl der Bevölkerung war doch einigermaßen zufriedener.

1937 hatte der Zweite Weltkrieg bekanntlich noch nicht begonnen, die Vernichtungslager waren noch nicht erfunden. Die Olympiade hatte gerade in Berlin stattgefunden. Diktatoren unterdrücken die Freiheit und ihre politischen Gegner, aber die Masse der Bevölkerung möchten sie natürlich auf ihrer Seite haben und dafür den-

ken sie sich mancherlei Wohltaten aus. Aber die Grundrechte waren kassiert durch das Ermächtigungsgesetz, die Einparteienshaft war installiert, die öffentliche Meinung durch Propaganda manipuliert – wie in der DDR 1974.

Dies jedenfalls hatten beide Diktaturen gemeinsam: ■ die Ablehnung der Gewaltenteilung zugunsten eines Führerprinzips; ■ die prinzipielle Ablehnung einer unabhängigen Justiz; ■ die völlige Instrumentalisierung der Medien, der Kultur, des geistigen Lebens durch die Staatspartei und die „Säuberungen“ zu diesem Zweck;

■ den Missbrauch der Sozialpolitik als Ersatz für Bürgerfreiheiten; ■ die Installation einer Geheimpolizei; ■ den Fanatismus und die Feindbildpflege; ■ den Jugendkult; ■ die Massenmobilisierungen und Massenorganisationen und „den freiwilligen Zwang“ zu Teilnahme und Mitgliedschaft.

Allerdings gab es auch gravierende Unterschiede. Zu nennen wären vor allem drei:

■ Das NS-Regime war hausgemacht, deutsch, die SED-Diktatur dagegen von der Sowjetunion installiert und ausgehalten. Ein Attentat auf Ulbricht wäre schlicht sinnlos gewesen. Moskau hätte sofort einen Nachfolger inthronisiert. Andererseits hatte das NS-Regime wohl mehr fanatische oder begeisterte Anhänger als das SED-Regime.

■ Das NS-Regime war von vornherein auf Eroberungskrieg und die Verfolgung der Juden aus. Die SED hat keinen Krieg vom Zaune gebrochen und keine Vernichtungslager installiert. Sie hat aber eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft betrieben und den Vor-marsch nach Westen regelmäßig in Manövern geübt. Die für diesen Fall vorgesehenen militärischen Orden und Ehrenzeichen waren im NVA-Hauptquartier in Strausberg

eingelagert. Den Einmarsch in die CSSR zur Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 hat die SED gesetzlich, die Einparteienshaft war installiert, die öffentliche Meinung durch Propaganda manipuliert – wie in der DDR 1974.

Beide Diktaturen haben ein gänzlich verschiedenes Ende gefunden. Von der Nazidiktatur musste das deutsche Volk nach einem verlorenen Krieg von den Siegern befreit werden. Der SED-Diktatur dagegen hat die Bevölkerung den letzten Tritt zum Einsturz verpasst, nachdem Gorbatschow ihr die sowjetische Unterstützung entzogen hatte.

Kann man eine Diktatur gewaltfrei stürzen? Manche behaupten, der Herbst 1989 habe dies bewiesen und knüpfen daran geradezu fantastisch anmutende Erwartungen an die Macht zivilen Widerstands und ziviler Konfliktlösungen. Sie übersehen dabei: All das wirkt nur, wenn die Panzer in den Kasernen geblieben oder: wenn die Diktatur Befehlshaber hat. Auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking war Zivilcourage völlig wirkungslos gegen die Panzer. Ziviler Ungehorsam wirkt nur, wenn

es eine freie Öffentlichkeit gibt und die Machtthaber von ihr abhängig sind. Was uns vor einer Diktatur schützt ist weder Charakterstärke noch Mut, schon gar nicht Eigensinn, denn den brechen Diktatoren es mindestens zwei Institutionen: unabhängige (zumindest plurale) Medien und eine unabhängige Justiz. Die SED-Diktatur konnte zum

Einbruch gebracht werden, weil sie sich unwillig einige Belästigungen auferlegen musste. Den zu allem entschlossenen Genossen fiel das Herz in die Hose, als sie der sowjetischen Panzer nicht mehr sichtbar waren.

Das Staatswappen der DDR: Der Hammer symbolisierte die Arbeiterklasse, der Ährenkranz die Klasse der Bauern und der Zirkel die soziale Schicht der Intelligenz (Akademiker)



# Zur Geschichte der Demokratie

## Demokratie in der Aufklärungszeit



John Locke (1632-1704)

Im europäischen Mittelalter kennzeichnet alle politischen Gebilde ein Nebeneinander monarchischer, aristokratischer und demokratischer Prinzipien. Demokratische Mitbestimmung gab es hauptsächlich in den Städten, die in der Regel eine aristokratische Verfassung besaßen. In heftigen Kämpfen versuchten Handwerker und deren Verbindungen (Zünfte) den Patriziern, die meist Kaufleute waren, die Stadtherrschaft streitig zu machen. Die Besitzlosen Schichten blieben politisch ohne Einfluss.

Durch den Grundsatz, dass es in der Stadt keine Unfreiheit gebe („Stadtluft macht frei“) und dass die Stadterhaltung das Wohl der Gesamtheit verrete, entstand das Bewusstsein eines Stadtbürgertums, dessen Selbstverständnis und Rechtsstellung sich deutlich vom Status abhängiger „Untertanen“ in den absoluten Monarchien abhoben.

In der Neuzeit wurde die Demokratieentwicklung von zwei Faktoren geprägt: Zum einen entstanden große Filialstaaten mit mehreren Millionen Einwohnern. Geschaffen worden war der neuzeitliche Filialstaat von Fürsten und Königen, die zwecks Ausübung ihrer Regierungsgewalt, zumindest in der Zeit des Absolutismus, ungeteilte Souveränität beanspruchten. Ihre Herrschaft war von allen Beschränkungen und auch von allen Zustimmungserfordernissen abgekoppelt. Ihr Wesen bestand geradezu darin, Gesetze ohne die Zustimmung der Untertanen zu

erlassen. Das Problem der Souveränität hatte eine demokratische Revolution alleine nicht lösen können. Denn trat das Volk an die Stelle des Monarchen, wurde zwar der Träger der Herrschaft ausgetauscht, das Problem der Bindungen und Beschränkungen aber blieb bestehen. Politische Souveränitätsausübung war generell zu beschränken (Gewaltenteilung), um zu verhindern, dass sie zur Despotie entartete.

Zum anderen beschäftigte sich die Philosophie im Zeitalter der Aufklärung mit dem Menschen als vernunftbegabtem Wesen.

### Die Aufklärung

Die Emanzipation des Menschen von gesellschaftlichen und religiösen Bindungen begann im 17. Jahrhundert. Im „Zeitalter der Vernunft“ stellten die Philosophen den Menschen als vernunftbegabtes Wesen in den Mittelpunkt ihrer Systeme (René Descartes [1596-1650]: Cogito ergo sum – ich denke, also bin ich). Das neue Menschenbild warf zwangsläufig das Problem auf, wie sich öffentliche Ordnung und Freiheit des Einzelnen vereinbaren bzw. verbinden ließen. Auf die Frage nach der Beschaffenheit einer vernünftigen politischen Ordnung ohne obrigkeitstaatliche und gesellschaftliche Unterdrückung geben besonders die Werke von John Locke (1632-1704), Charles de Secondat Montesquieu (1689-1755) und Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) Antwort, wenn auch auf je unterschiedliche Weise.

## „Cogito ergo sum – ich denke, also bin ich“

René Descartes (1596-1650)



Jean-Jacques Rousseau (1712-1778)

der Mächte, Verantwortlichkeit der Machträger dem Volke gegenüber, über die Bedeutung des Privateigentums etc. machen Locke zu einem Vorläufer der liberalen Demokratie, auch wenn ihm und seiner Zeit diese Begriffe noch nicht geläufig waren.

### Montesquieu: Gewaltenteilung II

Montesquieu sah England als Vorbild an, weil diese „Nation ... als unmittelbaren Zweck ihrer Verfassung die politische Freiheit hat“. In seinem Hauptwerk „De l'Esprit des Lois“ („Vom Geist der Gesetze“, 1748) bezeichnet er die Despotie als die schlechteste aller Staatsformen. Die beste sei jene freiheitliche, in der die Bürger das Recht haben, alles zu tun, was die Gesetze erlauben. Er sieht durch Demokratie diese Freiheit gefördert sein kann. Der menschlichen Neigung zum Machtmissbrauch – ähnlich wie bei John Locke – durch Machtverteilung und -kontrolle Schranken gesetzt werden. Montesquieus Lehre von der Gewaltenteilung weicht von der von John Lockes ab. Er kennt neben der Legislative und Exekutive die richterliche Gewalt (Judikative). Zukunftsweisend war auch Montesquieus Behauptung der Repräsentation. Das Volk als Ganzes könne weder in kleinen noch in großen Staaten die gesetzgebende Gewalt unmittelbar ausüben. Deshalb müsse das Volk durch Repräsentanten (also Abgeordnete) ausführen lassen, was es selbst nicht vermag. Die Lehre Montesquieus hat die Verfassung der Vereinigten Staaten

### John Locke: Gewaltenteilung I

Locke wendet sich in seiner Schrift „Two Treatises of Government“ („Zwei Abhandlungen über die Regierung“, 1690) gegen die Rechtfertigung der absoluten Monarchie. Die politische Ordnung beruht für ihn auf dem Zustand völliger Gleichheit und Freiheit, die durch Rücksicht auf andere binden ließen. Auf die Frage nach der Beschaffenheit einer vernünftigen politischen Ordnung ohne obrigkeitstaatliche und gesellschaftliche Unterdrückung geben besonders die Werke von John Locke (1632-1704), Charles de Secondat Montesquieu (1689-1755) und Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) Antwort, wenn auch auf je unterschiedliche Weise.



Ein entscheidender Wendepunkt für das kontinentale Europa war der Sturm auf die Bastille als Inbegriff der Französischen Revolution (1789)

von Amerika stark beeinflusst und seit der Französischen Revolution die Ausbildung des modernen Verfassungsstaates in erheblichem Maße mitgeprägt.

Während Locke und Montesquieu zu den geistigen Vätern der repräsentativen Demokratie zählen, hat Rousseau die direkte Demokratie theoretisch begründet. Er ist einer der umstrittensten Denker, dessen Wirkung bis in die Gegenwart reicht. Noch in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts haben sich Kritiker der parlamentarischen Demokratie auf ihn berufen, wenn sie eine direkte Demokratie forderten und Gruppeninteressen bekämpften. Andere haben in Rousseau einen Vorläufer des modernen Totalitarismus gesehen, der die Menschen zu ihrem Glück zwingen wolle.

**Rousseau: Gesellschaftsvertrag**

Rousseaus politische Theorie beruht auf der Annahme, dass der Mensch von Natur aus gut sei und in öffentlichen Angelegenheiten tugendhaft handeln müsse. Die menschliche Gesellschaft aber hindere den Menschen, sich seinen Anlagen entsprechend zu verhalten, der Mensch sei durch die Gesellschaft, ihre Institutionen und Konventionen seiner selbst „entfremdet“. Zwar gebraucht Rousseau den von Hegel geprägten und vom Marxismus popularisierten Begriff der Entfremdung nicht, die diesem zugrunde liegende Vorstellung stammt jedoch von ihm. Mit seinen politischen

aller entsteht. Rousseaus Idealvorstellung ist die direkte Demokratie ohne Gewaltenteilung und Repräsentation, die er für unfreiheitslich hält.

**Wendepunkt für Europa – die Französische Revolution**

Die Französische Revolution, die am 14. Juli 1789 mit dem Sturm auf ein Pariser Gefängnis, die Bastille, begann, stellt für das kontinentale Europa einen entscheidenden Wendepunkt dar. Mit der Souveränitätserklärung des Bürgertums und der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789, die sich später in der französischen Verfassung wiederfindet, konnte die absolutistische Herrschaft des Ancien Régime gestürzt und die Befreiung aus der feudalistischen Gesellschaftsordnung erreicht werden.

**Die amerikanische Verfassung**

Die Staats- und Gesellschaftstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts haben – sosehr sie einander widersprechen – die demokratischen Bewegungen gefördert und theoretisch fundiert. Zuerst fanden sie in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 ihren Niederschlag. Thomas Jefferson (1743-1826), später Prä-

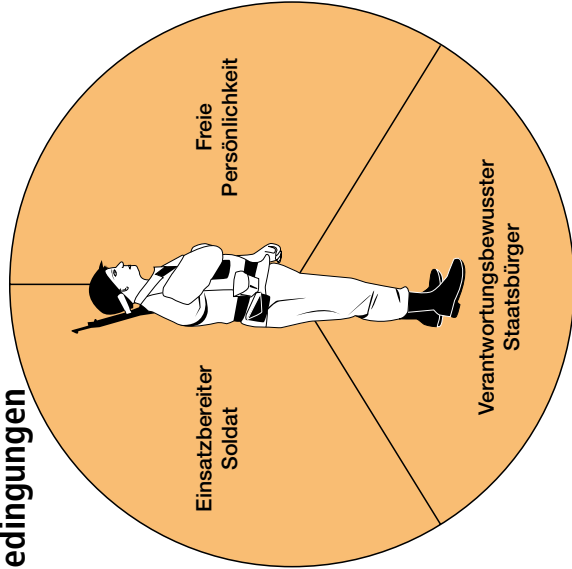
sident der USA, formulierte die Unabhängigkeitserklärung in enger Anlehnung an die Ideen John Lockes. Der Gedanke, dass es keine Regierung ohne die Billigung der Regierten geben dürfe, wurde zur Grundlage der Verfassung der USA von 1787/91.

Der Grundrechtsgedanke erwuchs aus der naturrechtlichen Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts. Ausgehend von John Locke führte die Auffassung von der sittlich begründeten Autonomie und dem Eigenwert des Menschen zur Forderung nach einer der Staatsgewalt entzogenen Rechts- und Freiheits-sphäre für den Einzelnen. Bereits 1679 hatte das britische Parlament mit der Habeas-Corpus-Akte den Schutz der persönlichen Freiheit gegen staatliche Willkür durchgesetzt. Die weiteren Stationen waren die britische „Declaration of Rights“ (1689), die amerikanische Unabhängigkeitserklärung (1776), die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika (1787/91) und die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ durch die französische Nationalversammlung (1789).

MS

# Soldat und Politiker zugleich?

## Ein kleiner Überblick über die gesetzlichen Rahmenbedingungen



Dass Soldatinnen und Soldaten als Staatsbürger in Uniform politisch gebildet sind und über die aktuellen gesellschaftlichen Themen informiert sind, ist ein fast schon selbstverständlich gewordener Anspruch. Zwar ist es nach § 15 Soldatengesetz verboten, im Dienst bewusst für eine bestimmte Partei oder Politikrichtung zu werben, aber dies ist eher als eine Schutznorm für eine sachliche und faire Auseinandersetzung zu verstehen, wie sie in der Kaserne wünschenswert ist.

Dass sich Soldatinnen und Soldaten darüber hinaus ganz bewusst politisch engagieren, ist aus dieser Perspektive heraus fast ein Idealfall. Doch was ist, wenn dieses Engagement auch zur Übernahme politischer Mandate führt?

Zurzeit ist dies bei fast 600 Soldatinnen und Soldaten der Fall, die sich meist ehrenamtlich in Stadt- oder Gemeinderäten, beispielsweise oder auch als ehrenamtliche Bürgermeister politisch engagieren.

Die Streitkräfte unterstützen dieses Engagement in großem Maße. So werden die gewählten Mandatsträger je nach Bedarf vom Dienst freigestellt, beispielsweise bei Sitzungen des jeweiligen Gremiums. Außerdem gilt für die Dauer der ehrenamtlichen Tätigkeit ein recht weitgehendes Versetzungsschutz. Sollte der zuständige Disziplinarvorgesetzte dennoch aus dienst-

**Das idealtypische Schema des Staatsbürgers in Uniform**

Soldatinnen und Soldaten mit verstärktem Interesse, ein politisches Amt anzustreben bzw. auszuüben, finden an folgenden Stellen weiterführende Informationen:

- **VfMBI 1980**, S. 535 (Politische Betätigung von Soldaten)
- **VfMBI 1988**, S. 25 (Politische Betätigung von Soldaten)
- **Dsw Kalender Fundstelle** C01A (ZdW 14/5 Soldatengesetz)

SD

# Leben in der Diktatur

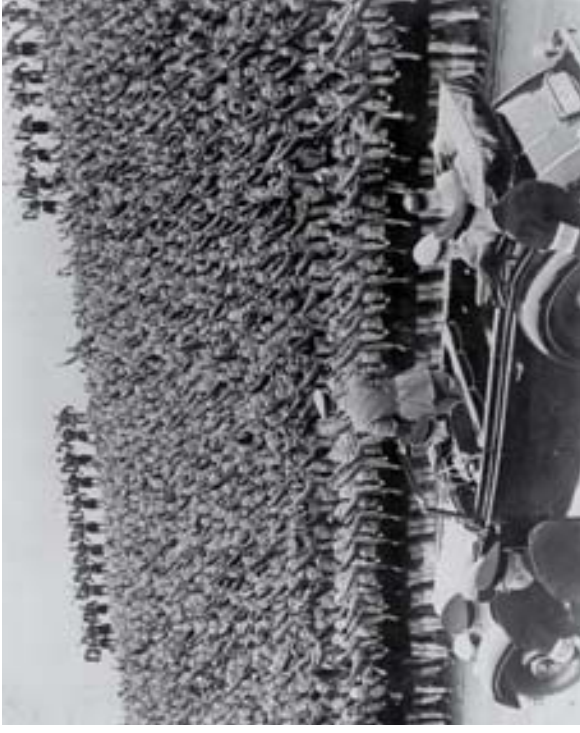
## Alltagsleben im Nationalsozialismus 1933-1939

Der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten folgte eine komplette Umgestaltung des öffentlichen Lebens in Städten und Dörfern. Diese wurde zentral geplant bzw. gesteuert und durch die örtlichen Machthaber durchgesetzt. Verantwortlich für die Steuerung der „Manipulation“ war Dr. Joseph Goebbels, Minister für Volksaufklärung und Propaganda. Er gab die zentralen Weisungen an Presse, Rundfunk und Parteilisten, um die Politik der Nationalsozialisten unter Volk zu bringen. In zahlreichen Kundgebungen der Nationalsozialisten fielen Schlagwörter wie „Volk“, „Blut und Boden“ etc. Diese rhetorisch geschickten Inszenierungen waren ein Appell, sich in der Volksgemeinschaft um den Führer zu scharen.

Immer öfter erschienen Marschkolonnen der SA und SS auf den Straßen. Sie strahlten Aktivität, Siegesgewissheit und Selbstvertrauen aus und demonstrierten die Präsenz der neuen Machthaber. Nicht schwer zu verstehen ist es, dass diese Aktionen die Begeisterung vieler Menschen weckten, denn der von den Nationalsozialisten beschrittene „neue Weg“ stiftete

Sehnsüchte nach Gemeinschaft, die allerdings genau besehen eine Zwangsgemeinschaft darstellte.

Ihren Machtspruch versuchten die Nationalsozialisten auch durch Beeinflussung des sozialen Umgangs im Alltag zu manifestieren. Obwohl der so genannte deutsche Gruß mit ausgestrecktem rechtem Arm und den Worten „Heil Hitler!“ nie durch ein Gesetz verbindlichkeit erlangte, war diese Form der Begrüßung nicht nur im Verkehr mit Behörden üblich. Den Gruß zu verweigern trauten sich nur wenige, aus Sorge vor Unannehmlichkeiten und Repressalien. Angst übernahm wurde nach der nationalsozialistischen Machtübernahme bei vielen Menschen schnell allgegenwärtig – Angst vor Denunziation und Terror aufgrund regimiekritischer Haltung oder vor Ausgrenzung und Verfolgung. Wenn dem „arischen“ Ideal nicht entsprochen wurde konnte diese Angst wurde hervorgerufen und wachgehalten durch den Aufbau eines Unterdrückungsapparates, der aus Gestapo, SS, SD und Sicherheitspolizei bestand. Zu deren Praxis gehörten willkürliche Verhaftungen und die



Ihren Machtspruch versuchten die Nationalsozialisten auch durch Beeinflussung des sozialen Umgangs im Alltag zu manifestieren. z. B. mit dem sogenannten „deutschen Gruß“ (ausgestreckter rechter Arm und die Worte „Heil Hitler!“)

rektem Widerspruch zur WRV. So wurden z. B. mit der Reichstagsbrandverordnung von 1933 die in den Artikeln 114 (Freiheit der Person), 115 (Unverletzlichkeit der Wohnung), 117 (Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis), 118 (Meinungsfreiheit), 123 (Versammlungsfreiheit), 124 (Ver-einigungsfreiheit) und 153 WRV (Eigentumsverhältnissen) festgeschriebenen Grundrechte außer Kraft gesetzt. Als neue Rechtsquelle trat vor allem der so genannte Führerlass in Erscheinung, der von Juristen des „Dritten Reiches“ als Rechtsquelle sui generis angesehen wurde und über allen anderen Rechtsquellen stand.

Besonders die Gliederungen und angeschlossenen Verbände der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) wie die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ermöglichten eine gezielte Einflussnahme und Kontrolle der Deutschen jeglichen Alters bis weit hinein in ihr Alltagsleben.

Parallel zur Hitler-Jugend wurde der Bund Deutscher Mädchen (BDM) gegründet. Beide Organisationen dienten der lückenlosen Erfassung und Kontrolle der deutschen Jugend

Dabei spielte vor allem die Jugend-erziehung eine tragende Rolle. Die schon frühzeitig gegründete Hitler-Jugend (HJ) sollte Standesunterschiede beseitigen und die nationalsozialistische Gesinnung fördern. Die anfangs formell noch freiwillige Mitgliedschaft wurde am 1. Dezember 1936 durch das „Gesetz über die Hitler-Jugend“ zur Zwangsmitgliedschaft.

Die HJ wurde so – neben Familie und Schule – für die Mehrheit der Heranwachsenden die wichtigste Sozialisationsinstanz. Parallel zur Hitler-Jugend wurde der Bund Deutscher Mädchen (BDM) gegründet. Beide Organisationen dienten der lückenlosen Erziehung und Kontrolle der deutschen Jugend, was eine wichtige Rolle spielte im Hinblick auf den geplanten Krieg. So wurden später dann aufgrund zahlreicher unbesetzter Arbeitsplätze durch die Einberufungen zur Wehrmacht Aushilfsleistungen wie Postzustellung, Telefondienst, Dienst in Kinderheimen etc. von HJ- und BDM-Mitgliedern übernommen.

Das zentrale Propagandainstrument war das Radio („Volksempfänger“ oder „Goebbelschmuckfänger“). Besaßen 1933 etwa 25 Prozent der Haushalte ein Rundfunkgerät, waren es 1939 schon ca. 70 Prozent. Jedoch war nur gestattet, deutsche Sender zu hören. Das Abhören von Feindsendern wurde verboten, und wer es trotzdem tat, machte sich verdächtig. Gegner des NS-Regimes zu sein.

Es wurden neue Betätigungsmöglichkeiten für die „kleinen Leute“ in zahlreichen Unterorganisationen der NSDAP geschaffen, die das Gefühl vermitteln sollten, ernst genommen zu werden und wichtiger zu sein. Durch die Übernahme eines solchen Amtes konnte man seine gesellschaftliche Stellung verbessern. Wer „in der Partei“ war, hatte immense Vorteile, z. B. erhielt ein Hausmeister als SA-Mann gesellschaftliche Gewalt über bisher sozial höhergestellte Bewohner in einem Mietshaus.

Auch das gesamte kulturelle Leben wurde durch Gründung der Reichskulturkammer am 15. 11. 1933 durch Goebbels der totalen Kontrolle unterworfen. Kultur sollte als Unterhaltung der Bevölkerung in den Dienst der Propaganda gestellt werden. Ob Musiker, Bildhauer, Dichter, Schriftsteller, Schauspieler oder Kabarettist, wer als Künstler tätig sein wollte, musste der für ihn zuständigen Kammer beitreten und sich verpflichten, dem NS-Staat treu zu dienen. Hunderte von kritischen, demokratischen Künstlern emigrierten. Die verbliebenen passten sich an, darunter auch viele bekannte Schauspieler. Sie dienten dem NS-Regime, sorgten für Zerstreuung und Ablenkung der Bevölkerung und vertraten die Ideologie der Nazis.

Damit die „Herrenrasse“ sich möglichst schnell vermehrte, propa-

gierten die Nationalsozialisten das Ideal des Kinderreichtums. Eine deutsche Frau hatte Mutter vieler Kinder zu sein; dass sie dann nicht mehr arbeiten konnte, war ein erwünschter Nebeneffekt, konnte doch u. a. auch auf diese Weise die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland abgebaut werden. Junge, gesunde Volksgenossen sollten möglichst früh heiraten; dabei hatten Beamte als begünstigte Staatsdiener Vorbild zu sein. Ab Februar 1938 galten für Ehepaare, die fünf Jahre verheiratet waren und noch keine Kinder hatten, erhöhte Steuereinsätze. Ab 1939 erhielten kinderreiche Mütter das Mutterkreuz. Müttersein war somit nicht Selbstverwirklichung, sondern Dienst an der von den Nazis propagierten Volksgemeinschaft. Im Krieg mussten dann allerdings auch wieder Frauen arbeiten, allerdings überwiegend aus unteren Schichten. Die „höheren Töchter“ durften zuhause bleiben – und Kinder in die Welt setzen. Dazu ein Kommentar von Hermann Göring: „Höherwertige dürfen nicht den dummen Reden und dem frechen Gespött der einfachen Frauen ausgesetzt werden.“

MS

**Aus der Regierungserklärung Adolf Hitlers vor der Abstimmung zum „Ermächtigungsgesetz“, 23. März 1933:**

„Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen, (...) wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen vom Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln oder erbiten. Die Regierung wird daher nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag als solchen aufzulösen, im Gegenteil, sie behält sich auch in Zukunft vor, ihn von Zeit zu Zeit über ihre Maßnahmen zu unterrichten oder aus bestimmten Gründen, wenn zweckmäßig, auch seine Zustimmung einzubohlen.“

**Leitsätze des „Reichsrechtführers“, Reichsministers Dr. Hans Frank, vom 14. Januar 1936:**

1. Der Richter ist nicht als Hoheitsträger des Staates über dem Staatsbürger gesetzt, sondern er steht als Glied in der lebendigen Gemeinschaft des deutschen Volkes. Es ist nicht seine Aufgabe, einer über der Volksgemeinschaft stehenden Rechtsordnung zur Anwendung zu verhelfen oder allgemeine Wertvorstellungen durchzusetzen, vielmehr hat er die konkrete weltliche Gemeinschaftsordnung zu wahren. Schädlinge auszumerzen, gemeinschaftswidrigen Verhalten zu ahnden und Streit unter Gemeinschaftsgliedern zu schlichten.
2. Grundlage der Auslegung aller Rechtsquellen ist die nationalsozialistische Weltanschauung, wie sie insbesondere in dem Parteiprogramm und den Äußerungen unseres Führers ihren Ausdruck findet.
3. Gegenüber Führerentscheidungen, die in die Form eines Gesetzes oder einer Verordnung gekleidet sind, steht dem Richter kein Prüfungsrecht zu. Auch an sonstige Entscheidungen des Führers ist der Richter gebunden, sofern in ihnen Ausdruck kommt.“



Die Reichstagsbrandverordnung, die bereits einen Tag nach dem Reichstagsbrand in Kraft gesetzt wurde, hebt die in der Weimarer Verfassung garantierten Grundrechte des Menschen auf



# Zur Geschichte der Demokratie

## Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte es die Demokratie in ganz Kontinentaleuropa schwer. Denn die alten ständisch-feudalen und monarchischen Kräfte bestimmten die Verhältnisse nach den Napoleonischen Kriegen. Die Epoche der Restauration, vom Wiener Kongress 1815 eingeleitet, hatte die demokratischen und liberalen Bewegungen zunächst zum Erliegen gebracht.

Erst mit der Juli-Revolution 1830 in Frankreich konnten die Freiheitsforderungen des Bürgertums wieder an Gewicht gewinnen. So wurden auch in Deutschland nach 1830 die Forderungen nach Bürger- und Freiheitsrechten, politischer Teilhabe, nach Parlamentarisierung und teilweise auch nach republikanisch-demokratischen Reformen wieder lauter. Die Verfassungs- und Nationalbewegung in Deutschland war allerdings nur in Teilen eine demokratische Bewegung. Liberalen Reformern, die zu Kompromissen mit den bestehenden Fürstenhäusern bereit waren, standen republikanisch-demokratische Revolutionäre gegenüber. Das schwächte

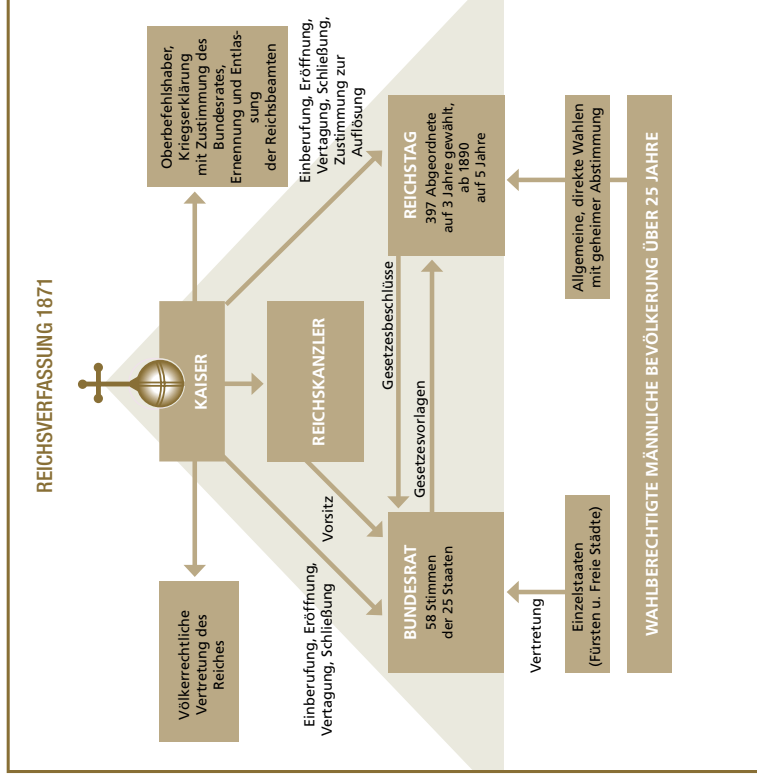
Reichskanzler, bis 1890 Otto von Bismarck, vor. Der deutsche Kaiser, zugleich preußischer König, war als Staatsoberhaupt Präsident des Bundes. Zwar wurde der Reichstag beauftragt, die Regierung und den Reichskanzler zu wählen oder abzuzuwählen. Die Macht lag bei Kaiser und Kanzler.

Im kaiserlichen Deutschland blieben alle Bemühungen, eine Parlamentarisierung und Demokratisierung zu erreichen, ohne Erfolg. Erst im Zuge der Revolution im November 1918 fiel die Vorentscheidung für die Demokratie. Am 6. Februar 1919 tagte die Nationalversammlung in Weimar. Sie war im Januar aufgrund des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts aller mindestens zwanzigjährigen Männer – erstmals – Frauen gewählt worden. Die Weimarer Verfassung trat am 14. August 1919 in Kraft.

Mit der Weimarer Verfassung war Deutschland eine parlamentarische Demokratie auf konstitutioneller Grundlage geworden. Sie wies auch plebiszitare Elemente auf, das Volk konnte sich in Volks-

begehren und Volksentscheiden Stimme verschaffen. Zudem wurde der Reichspräsident vom Volke gewählt. Das Verfassungssystem von Weimar hatte eine demokratische Ordnung geschaffen, die unter normalen Umständen funktionsfähig und Stabilität verbürgt hätte. Doch im kriegstraumatisierten, von wirtschaftlichen Krisen heimgesuchten Deutschen Reich setzte sehr bald, nach einer kurzen Phase der Stabilität Mitte der 1920er Jahre, ein beispielloser Prozess der Destabilisierung, ja der Auflösung der Weimarer Republik ein. Es zeigte sich, dass sie – für viele mit dem Maaß des Friedensvertrages von Versailles behaftet – von Anfang an eine „ungelebte“ Republik gewesen war.

Diese Demokratie besaß weder in der Bevölkerung noch bei den politischen und administrativen Eliten ausreichenden Rückhalt. Militar, Justiz und Beamtenschaft waren durch die monarchisch-obrigkeitsstaatliche Tradition geprägt. Und weil es der Weimarer Demokratie an beherzten Demokraten mangelte, konnte sie sich nicht wirksam gegen ihre Feinde, gegen Kommunisten und Nationalsozialisten, zur Wehr setzen. Instabile parlamentarische Mehrheiten und häufig wechselnde Regierungen stärkten die Position des Reichspräsidenten, der bereits Kraft Verfassung umfassende Kompetenzen bei der Regierungsbildung und der Parlamentsauflösung und der Notverordnungsgesetzgebung



auf sich vereinte. Damit konnte der Präsident von vielen als Hüter der Verfassung bezeichnet, gegen die Parteien und das Parlament regieren lassen; die präsidiale Notverordnungspolitik wurde ab 1930 zur Norm. So schwächte die Ausnahme der Präsidentschaft die parlamentarische Demokratie, die Widerstandskräfte der Demokratie erlahmten.

Die Verfassung konnte die Auflösung der Weimarer Republik nicht verhindern. Der Reichstag hatte seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 gegeben, Hitler schien damit im Rahmen der Verfassung seine diktatorischen Befugnisse erlangt zu haben. Doch zuvor schon waren

# Leben in der Demokratie heute

## Anmerkungen zu einem komplexen Themenfeld



Vergegenwärtigt man sich sämtliche in den Vereinten Nationen versammelten Staaten, so muss man feststellen, dass sich die Demokratie noch nicht weltweit durchgesetzt hat, wenngleich sich einige Diktaturen in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zu Demokratien wandelten, z. B. Spanien, Portugal, Griechenland, Chi-

le, Argentinien und Uruguay. Ist Demokratie also nur ein westliches Ideal, dem andere Kulturen nicht viel abzugewinnen können?

Demokratie ist etwas historisch Gewachsenes. Sie hat sich zu den gegenwärtigen Formen entwickelt und wird sich weiter verändern. Es handelt sich nicht um

eine ideale Ordnung von Staat und Gesellschaft, allerdings hat sich die Überzeugung herausgebildet, dass nach den Erfahrungen der Geschichte eine rechtsstaatlich verfasste, menschenwürdige politische-gesellschaftliche Ordnung anders nicht möglich sei.

Ein Grundproblem der Demokratie, die die Würde des Menschen ernst nimmt, ist die Spannung zwischen der Freiheit des Einzelnen und seiner Bindung an die Gesamtheit (Staat oder Gesellschaft). Freiheit wird durch Bindung an eine Ordnung zwar eingeschränkt, andererseits ermöglicht Ordnung erst die Entfaltung von (recht stehender) Freiheit. Es geht um die

größtmögliche Freiheit aller, nicht einiger weniger. Freiheit ohne Bindung würde dagegen zum Faustrecht führen, zum Recht des Stärkeren.

Die Vorstellung von der „Volksherrschaft“ geht von der Annahme aus, dass das über sich selbst herrschende Volk freies – im Gegensatz zur Herrschaft eines Machthabers oder mehrerer Machthaber über Untertanen. Diese Auffassung basiert auf einem Menschenbild, das sich zumindest in der westlichen Hemisphäre in einem langen Prozess durchgesetzt hat und um das immer wieder neu gerungen werden muss. Frei ist und muss der Mensch sein, weil dies elementar mit seiner Menschenwürde gegeben ist, die ihm kein Staat dieser Welt gegeben oder verziehen hat, sondern die ihm allein aufgrund seines Menschseins zukommt. Es ist offenbar gerade dieser uneingeschränkte Freiheitsgedanke, der für andere Kulturen und totalitäre Weltanschauungen so unannehmbar ist und wie ein „Stachel im Fleische“ wirkt, während er für uns wie selbstverständlich geworden ist (und deshalb nicht immer genügend wertgeschätzt wird). Freiheit ist dabei nichts Abstraktes, sondern heißt konkret z. B.: Meinewissensfreiheit ist geschützt, d. h., ich muss nichts tun, was ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Oder: Meine Wohnung ist unverletzlich, d. h., ich muss niemanden in meine Wohnung lassen, es sei denn, es liegt ein richterlicher Beschluss vor.

liehen, wenn es heißt: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Dies gilt im Grundsatz – unabhängig davon, wie heftig tagsaktuell immer wieder politisch über den Sozialstaat gestritten wird (siehe z. B. die Diskussion zum Stichwort „Sozialabbau“).

Eine weitere Voraussetzung der Demokratie ist die Gleichheit aller Bürger. Es ist sehr umstritten, was unter Gleichheit zu verstehen ist und wie weit sie verwirklicht werden kann, ohne die Freiheit einzuschränken. Unstritten ist die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Es darf keine Sonderrechte und Sondergerichte geben, die nur für einzelne Gruppen, Schichten oder Klassen gelten. Gleichheit darf nicht verwechselt werden mit Gleichmacherei, was manche Kritiker gerne – besonders im Zusammenhang mit der Diskussion über die Gesamt- und Ganztagschule – unterstellen. Hier wird nicht der völligen Gleichheit das Wort geredet, sondern der Gleichheit der Chancen. Diese hat die Demokratie zu gewährleisten, da die Freiheit in Gefahr gerät, wenn wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen übermäßig ungleich werden.

Der Gedanke der Demokratie mag ewig sein, die Demokratie selber ist es nicht, sondern muss sich ständig aus ihrer Gefährdung bewahren. Sie muss sich deshalb immer wieder ihrer Grundlagen, verfassungsmäßigen und sozialen Rahmenbedingungen bewusst sein. Man spricht deshalb auch von „wehrhafter Demokratie“.

„Meine Gewissensfreiheit ist geschützt.“  
 „Meine Wohnung ist unverletzlich.“  
 „Niemand darf meine Briefe öffnen oder mein Telefon abhören.“

„Ich habe Freiheit bei der Berufswahl!“  
 „Ich habe Sicherheit vor willkürlicher Verhaftung.“  
 „Es gibt Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.“

„Ich habe das Recht der freien Meinungsäußerung.“  
 „Es gibt die Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.“

Oder: Niemand darf meine Briefe öffnen oder mein Telefon abhören (widerum: außer durch richterlichen Beschluss). Freiheit heißt aber auch Freiheit der Berufswahl, Sicherheit vor willkürlicher Verhaftung, die Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens vor Gericht, Kontrolle über die Informationen, die der Staat über den einzelnen Bürger sammelt, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit usw.

Damit ein Mensch in Staat bzw. Gesellschaft menschenwürdig und frei leben kann, muss auch die Bedingung gegeben sein, die ein solches Leben ermöglicht. Für den Staat, der sich der Achtung der Menschenwürde verpflichtet weiß, bedeutet dies zunächst einmal, zu verhindern, dass Menschen der Armut anheimfallen. Darüber hinaus gehört zur Menschenwürde z. B. auch die Möglichkeit der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gesellschaft. Das Menschenrecht auf Arbeit ist ein Anrecht darauf haben, geht aus dem 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ hervor, der 1976 in Kraft trat. Nur in einem Sozialstaat ist es dem Einzelnen möglich, menschenwürdig zu leben. Dieser Verpflichtung wird Ausdruck ver-



**Demokratie lebt von der Mitwirkung ihrer Bürger. Diese beschränkt sich keineswegs nur auf die Ausübung des passiven Wahlrechts**

wird sie vielmehr durch ideologisch verblendeten Massenwahn. Dieses Beispiel zeigt auch: Erst wenn Menschen sich für eine Sache gemeinsam engagieren, steigt ihr politisches Gewicht. Demokratie lebt überdies von selbst rechtfertigenden Unrechts ver wandelt werden. Diese Gefahr ist bereits in der Antike erkannt worden, doch in der Endphase der Weimarer Republik erinnerten sich an diese Erkenntnis zu wenige, um zu verhindern, dass Hitler auf demokratischem Wege an die Macht kam – und diese dann sogleich aus den Angeln hob.

Demokratie lebt von der Mitwirkung ihrer Bürger. Diese beschränkt sich keineswegs nur – im Sinne der repräsentativen Demokratie – auf die Teilnahme an Wahlen (Ausübung passiven Wahlrechts). Vielfältig sind z. B. Herrschaftsform bezeichnet werden kann. Einer ihrer Vorzüge ist ihre Lernfähigkeit, die in die Lage versetzt, auch große Herausforderungen zu bestehen, Probleme zu bewältigen und – nicht zuletzt durch Selbstkorrektur – gestakt an Krisen heranzugehen. So ist die Demokratie eben keine einfache Volksherrschaft mehr und Und begann es mit der Partei „Die Grünen“ nicht auch ganz von un-

ihre Kritiker in Antike und früher Neuzeit Recht behalten, sie führe zu „Pöbelherrschaft“ (Aristoteles), zu Verfall (Platon) und Anarchie (Machiavelli). Auch gegenüber der Mitte des 19. Jahrhunderts beschoenen Gefahr einer Tyrannie der Mehrheit scheint sie gut gewappnet zu sein aufgrund ihrer Achtung von Recht und Gesetz, mit unabhängigen Gerichten und einer Verfassungsgerichtsbarkeit als Hüter. Außerdem errichten heutige Demokratien Hindernisse ihrer Selbstpreisgabe. In einer Demokratie entscheiden Mehrheiten, und eine Mehrheitsentscheidung hat auch die Möglichkeit, die Deutung und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Sie setzt das Eigensinn über das, was in keinem Fall zur Abstimmung gestellt werden kann, voraus; erst auf dieser Grundlage gemeinsamer Grundüberzeugungen ist dann bei der Gestaltung des politischen Alltags das Prinzip des Mehrheitsentscheidens angebracht. Insofern ist Demokratie keine wertneutrale Verfahrensordnung, sondern eine wertgebundene, auf Wertverwirklichung zielende Herrschaftsform.

meinweisen zu nennen, das un- ter Anerkennung der Würde des Menschen als letzten Wert darauf abzielt, allen Bürgern in gleicher Weise die Freiheit zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit und zu verantwortlicher Lebensgestaltung zu gewährleisten und dafür auch die sozialen Voraussetzungen zu schaffen. Demokratie ist darum nicht eine Summe formaler Verfahrensvorschriften, sondern sie bestimmt sich von ihrem inhaltlichen Ziel her, unter den jeweiligen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen das größtmögliche Maß an Freiheit, Eigenverantwortung und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Sie setzt das Eigensinn über das, was in keinem Fall zur Abstimmung gestellt werden kann, voraus; erst auf dieser Grundlage gemeinsamer Grundüberzeugungen ist dann bei der Gestaltung des politischen Alltags das Prinzip des Mehrheitsentscheidens angebracht. Insofern ist Demokratie keine wertneutrale Verfahrensordnung, sondern eine wertgebundene, auf Wertverwirklichung zielende Herrschaftsform.

MS

# DEMOKRATIE UND DIKTATUR



Herta Müller

Eine Sensation: die Außenministerin Herta Müller erhält den Nobelpreis für Literatur. Das Komitee in Stockholm ehrte die Berliner Autorin für ihre Werke, in denen sie „Landschaften der Heimatlosigkeit“ gezeichnet habe.

Herta Müller ist eine Chronistin des Alltagslebens in der Diktatur, die ihre Kindheit in Rumänien als Schule der Angst durchlebt hat und davon in ihren Werken berichtet und bedrückend Zeugnis ablegt. Zu den wichtigsten Autoren

Autorin wurde immer wieder verhort ihr Haus durchsucht.

Die Autorin erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Kleist-Preis, den Joseph-Breitbach-Preis, den Würth-Preis für Europäische Literatur und 2006 den Walter-Hausendaver-Literaturpreis. Seit 1995 ist Herta Müller Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. Unter den Kandidaten für den Literaturnobelpreis galt sie allerdings anders als viele andere als Außenseiterin. Die letzten deutschsprachigen Literaturnobelpreisträger waren bislang Günter Grass im Jahr 1999 und Elfriede Jelinek 2004 gewesen. Müller ist die zwölfte Frau, die mit dem Literaturnobelpreis geehrt wird.

Ein wahrliches Meisterwerk und Höhepunkt des Werks ist die „Atemschaukel“ (2009): „Es war 3 Uhr in der Nacht zum 15. Januar 1945, als die Patrouille mich holte. Die Kälte zog an, es waren -15°C.“ So beginnt der Bericht über seine jungen Mannes über seine Deportation in ein russisches Lager und die Schilderung der Schicksale der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen.

Aufmerksamkeit erregte die 2008 entbrannte innenpolitische Diskussion um die Teilnahme eines rumänischen Historikers und eines Germanisten an einer Tagung des „Berliner Rumänischen Kulturinstituts“. Weil beide Informanten des Securitate waren, kritisierte Herta Müller die Einladungsstimmung in einem offenen Brief. In einem erschütternden

Artikel in der Wochenzeitung Die Zeit vom 23. Juli 2009 mit dem Titel „Die Securitate ist noch im Dienst“, beschreibt Herta Müller, welchen Maßnahmen zur Kommunitierung und Isolierung des rumänischen Geheimdienstes sie ausgesetzt war und noch heute ist. Jedem, der über Diktatur und Unrechtsstaatlichkeit Bescheid wissen will, sei diese Beschreibung ans Herz gelegt: „Ständig warf er meinen Ausweis zu Boden, ich musste mich bücken und ihn aufheben. An die 30 bis 40 Mal. Wenn ich langamer wurde, trat er mir ins Kreuz. Hinter der Tür schrie eine Frauenstimme. Folter oder Vergewaltigung, hoffentlich nur ein Tonband, dachte ich. Dann musste ich acht hart gekochte Eier und grüne Zwiebeln mit Salz essen. Ich würgte das Zeug hinunter. Danach öffnete der Knoche die Blechtür, warf meinen Ausweis hinaus und trat mir in den Hintern. Ich fiel mit dem Gesicht ins Gras neben ein Gestüpp. Ich kratzte, ohne den Kopf zu heben.“

Und bis heute wird Herta Müllers Stimme laut und ihre Worte schärfe wie zuletzt seitdem es um das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Rumänien zum Geheimdienst Securitate bis 1989 geht.

Für Vergangenheitbewältigung, die Vergangenheit wie keine andere kaum jemand hat sich so intensiv über das totalitäre Erbe und den Schicksal der Minderheiten geschrieben, wie Herta Müller.

BO

# Merkmale der Demokratie



Jürgen Habermas

nach Jürgen Habermas

Die moderne Gesellschaft gestaltet ihre Lebenswelt innerhalb des historisch gewachsenen Nationalstaates. Habermas charakterisiert diesen idealtypisch als demokratischen Verfassungsstaat mit vier Merkmalen, die gleichzeitig seine Legitimations- und Funktionsbedingungen sind:

- a) als **Verwaltungs- und Steuerungsstaat** mit dem Recht, Steuern einzuziehen,
- b) als **Territorialstaat** mit einem Gewaltmonopol und Souveränität,
- c) als **Nationalstaat** mit Staatsvolk und nationaler Identität und innerhalb deren dieses Recht gilt,
- d) als **demokratischen Rechts-**

also ein Territorium. Das heißt, der Staat ist innerhalb dieses Territoriums souverän und kann demzufolge im Rahmen seiner Gesetze das Gewaltmonopol uneingeschränkt ausüben (b). Um von einem Staatsvolk mit staatsbürgerlicher Solidarität im Sinne Habermas' reden zu können, ist es notwendig, dass sich die Bürger und Bürgerinnen eines Territoriums als Zuhörige derselben kollektiven Identität verstehen. Denn nur durch eine gewisse Solidarität ist der/die Einzelne erstens bereit, die Opfer zu leisten, die eine Gemeinschaft immer wieder fordert, und zweitens befähigt, die sozialen Normen des Zusammenlebens zu etablieren, die vom Staat nie im Einzelnen gestaltet werden können (c).

Nicht zuletzt braucht der moderne Staat eine Herrschaftslegitimation. Der demokratische Verfassungsstaat löst diese Frage durch eine kongruente Rechte- und-Pflichten-Aufteilung seiner „freien und gleichen Bürger und Bürgerinnen“. Diese sind so nicht nur Adressaten des vom Staate verwalteten Rechts, sondern kraft ihrer demokratischen Mittel gleichzeitig auch die Autoren desselben (d).

MS

# Zitate

„Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.“  
Winston Churchill

„Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“  
Richard von Weizsäcker

„Unter Demokratie verstehe ich, dass sie den Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten.“  
Mahatma Gandhi

„Rechtsstaat ist wie das tägliche Brot, wie Wasser zum Trinken und wie Luft zum Atmen, und das Beste an der Demokratie ist, dass nur sie geeignet ist, den Rechtsstaat zu sichern.“  
Gustav Radbruch

„Der Geist der Demokratie kann nicht von außen aufgepfropft werden. Er muss von innen heraus kommen.“  
Mahatma Gandhi

„Das mittels der wählenden Demokraten der Wille eines Volkes ermittelt werden könne, ist natürlich eine Täuschung. Aber sieht man den Versuch vor sich, die Fragen abwegender Interessen nicht mit Messer und Pistole, sondern mittels einer Abstimmung zu entscheiden, so ist das natürlich doch ein humaneres und gesitteteres Verfahren.“  
Robert Musil

Bülent Ecevit

Alexis de Tocqueville

„Die Demokratie schafft kein starkes Band zwischen den Menschen. Sie erleichtert ihnen aber den Umgang miteinander.“

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Durch Ruhe und Ordnung kann die Demokratie ebenso gefährdet werden wie durch Unruhe und Unordnung.“  
Hildegard Hamm-Brücher

„Die Menschen sind für Gerechtigkeit macht Demokratie möglich. Seine Neigung zur Ungerechtigkeit macht Demokratie notwendig.“  
Reinhold Niebuhr

„Demokratie heißt Entscheidung durch die Betroffenen.“  
Carl Friedrich von Weizsäcker

„Demokratie heißt: die Wahl haben. Diktatur heißt: vor die Wahl gestellt werden.“  
Jeannine Luczak

„Diktaturen sind Einbahnstraßen. In Demokratien herrscht Gegenverkehr.“  
Alberto Moravia

„Die Demokratie reut nicht, aber sie kommt sicherer zum Ziel.“  
Johann Wolfgang von Goethe

„Ein Demokrat braucht nicht zu glauben, dass eine Mehrheit immer eine weise Entscheidung treffen wird. Worum er glauben soll, ist die Nennendigkeit, dass der Mehrheitsbeschluss, ob klug oder unklug, angenommen werden muss, bis die Mehrheit einen anderen Beschluss fasst.“  
Bertrand Russell

„Die Frage, wer herrschen soll, ist falsch gestellt. Es genügt, wenn eine schlechte Regierung ausgewählt werden kann. Das ist Demokratie.“  
Karl Popper

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Demokratie kann man keinen Geißelhaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“  
Heinz Galinski

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Absicherung und Milde um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“  
Wolfgang Iser

# Demokratie als Lebensform

Durch öffentlichen Widerstand und friedliche Revolution vorangetrieben, löste sich plötzlich die brüchig gewordene demokratische Staatshülse mit sozialistischer Füllung, namens Deutsche Demokratische Republik, irgendwie in Luft auf



Der Urschrei der Demokratie erhob sich in Deutschland des Jahres 1989. Der urdemokratische Ruf des deutschen Volkes war dabei nicht in westdeutschen Ländern, sondern im Osten Deutschlands zu vernehmen. In Leipzig und anderen Städten der damaligen DDR gingen vor 20 Jahren die Menschen auf die Straße und riefen für alle Deutlichen unüberhörbar: „Wir sind das Volk!“ Durch öffentlichen Widerstand und friedliche Revolution vorangetrieben, löste sich plötzlich die brüchig gewordene demokratische Staatshülse mit sozialistischer Füllung namens Deutsche Demokratische Republik, irgendwie in Luft auf. War es letztendlich nicht gerade die innere Macht der „Demokratie“, die unerwartet nach Jahrzehnten der Trennung das deutsche Volk wieder vereinigte? Was ist aber dann „Demokratie“ ihrem Wesen nach, wenn sie aus dem Inneren eines Volkes heraus unermessliche Staatshülsen zu sprengen vermag?

Genauso wenig wie „Menschenwürde“ lässt sich das, was wir unglücklich „Demokratie“ verstehen, endgültig definieren. Weder für die Würde des Menschen noch für die Demokratie gibt es eine allseits akzeptierte Lehrenung. Weder das eine noch das andere Phänomen lässt sich in einer einzigen handfesten Definitionsformel verdichten. Für beide Phänomene existiert zwar eine Fülle an disziplinären Versuchen, aber diese sind gleichermaßen unbefriedigend. Kennzeichnend für alle diese Versuche ist, dass sie jeweils immer nur ein Element in besonderer Weise als charakteristisch für Demokratie herausstellen. Folgende Kennzeichen werden für Demokratie meist angeführt: Volkssouveränität, Gleichheit, Partizipation, Mehrheitsherrschaft, Toleranz, Herrschaftsmittlerung und -kontrolle, Grundrechte, Gewaltenteilung, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, Meinparteiensystem, allgemeine Wahlen, Öffentlichkeit, Meinungswettbewerb, Pluralismus u. a. m.

Ähnlich verhält es sich bei den Definitionen von der Würde des Menschen. Eine weit verbreitete Würdedefinition versucht beispielsweise, Menschenwürde grundsätzlich nach ihrem Wesen und ihrem Gestaltungsauftrag zu unterscheiden. Letztlich geht es aber bei der Würde des Menschen immer um Unantastbarkeit, Unverletzlichkeit, Unversehrtheit, Unveräußerlichkeit, Unverfügbarkeit.



würde und Demokratie nachvollziehbar. So wie Recht und Pflicht untrennbar zusammengehören, so bilden auch Demokratie und Würde des Volkes, überschrieben werden. Erste Anfänge von Demokratie finden sich zwar schon in der Antike, innerhalb der griechischen Aristokratie. Faktisch aber tritt erst zweitausend Jahre später der demokratische Volkswille an den Tag, und zwar zuerst im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Die eigentliche Selbstregulierung des Volkes verwirklichte sich schließlich im amerikanischen Volk während des 19. Jahrhunderts. Amerika wird daher oft auch als das „Mutterland der Demokratie“ bezeichnet.

Sehen wir einmal von den griechischen Anfängen ab, dann ist die moderne Demokratie als Lebensform verhältnismäßig jung. Das bezieht sich auf die moderne europäische Entwicklung, die sich unter calvinistischem Einflussslang in England anbahnete: Die Bill of Rights, die gewisse Rechte des Parlaments formulierte, wurde ja schon 1689, also hundert Jahre vor der amerikanischen Verfassung und der Französischen Revolution, genehmigt. Dies sind die ältesten neuuropäischen Ansätze. Selbst wenn die Bill of Rights genau 100 Jahre vor der Französischen Revolution und genau 300 Jahre vor dem Fall der Berliner Mauer datiert ist, konnte wieder im 18. noch im 19. Jahrhundert irgendein westlicher Staat „demokratisch“ im heutigen Sinne genannt werden. Denn bei „Demokratie“ im heutigsten Sinne sollten wir vor allem auch an allgemeine, freie, gleiche und allgemeine Wahlen denken. Obwohl das allgemeine Wahlrecht mit das zentralste Merkmal heutigen Demokratieverständnisses ist, wird es bei der Darstellung der Geschichte von Demokratie oftmals nicht seinem zentralen Stellenwert entsprechend bedacht. Aus diesem Grunde wird immer noch der Eindruck vermittelt, dass die westlichen Demokratien, wie sie sich im 20. Jahrhundert heraus-

Des Weiteren geht es ebenso um den Anspruch auf Allgemeingültigkeit, Gleichheit, Ganzheit, Heiligkeit und vor allem auch um unbedingte Achtung und Respekt vor den Menschen als solchen. Trotz all dieser Versuche können Menschenwürde und Demokratie weder von Philosophen noch von Juristen endgültig definiert werden. Die „faktische“ Undefinierbarkeit ergibt sich aus dem inneren Lebenszusammenhang dieser beiden unermesslichen Phänomene.

**Moderne Demokratie ist eine relativ junge Lebensform**  
Das Phänomen der Demokratie darf nicht ausschließlich als eine mögliche Staats- oder Herrschaftsform unter vielen anderen definiert werden. Vielmehr ist Demokratie als eine der Würde des Menschen entsprechende Lebensform zu begreifen. Ein ganzheitliches Selbstverständnis dieser modernen Lebensform macht auch die faktische Untrennbarkeit von Menschen-

Demokratie ist ein aus dem Griechischen abgeleitetes Wort und bedeutet übersetzt „Herrschaft des Volkes“. Die schärfste überlieferte Kurzformel für die moderne Demokratie finden wir wohl in der berühmten Gettysburg-Formel von Abraham Lincoln (1809-1865) aus dem Jahr 1863: Demokratie ist „government of the people, by the people, for the people“. Alle drei hier enthaltenen Präpositionen weisen mit unterschiedlichem Nachdruck auf Wesensmerkmale der Demokratie hin: dass die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht (of), dass sie durch das Volk (by) und dass sie in seinem Interesse (for) ausgeübt wird. Mit anderen Worten: Demokratie ist hier so zu verstehen, dass Menschen unter Gesetzen leben, die sie selbst bestimmen. Als Lebensform findet so gesehen Demokratie ihren sozialen Ausdruck in einer einzigartigen Form von Herrschaft: die Herrschaft des Volkes für das Volk und durch das Volk. In aller Kür-

gebildet haben, schon mindestens 200 Jahre alt seien. Moderne Demokratie als Lebensform ist aber so jung, dass sie bis heute nicht als etwas Abgeschlossenes gelten kann. Genau genommen befinden sich verschiedene demokratische Lebensformen seit drei Jahrhunderten, bis in unsere Tage hinein, in einem durchaus mühsamen Selbstfindungsprozess! Beispiel: Das allgemeine Wahlrecht unter Einschluss der Frauen wurde erst 1930 in England und erst 1971 in der Schweiz auf Bundesebene eingeführt. Wenn man also das Kriterium des allgemeinen Wahlrechts anlegt, dann wird schnell deutlich: Die bisherige Literatur zur Demokratie kann leicht darüber hinwegtäuschen, in welch zarter Jugendalter sich demokratische Theorie und Praxis noch befinden. Man könnte fast behaupten, die Demokratie suche sich als Lebensform noch selbst, sowohl gedanklich wie auch praktisch-politisch.

**Menschenwürde ist der unbedingte Lebensinhalt moderner Demokratie**

Demokratie, als universale Lebensform der Zukunft verstanden, lässt sich zwar nicht definieren, aber Anhaltspunkte dafür, was sich eine Lebensform überhaupt ermöglicht, lassen sich durchaus direkt aus einem vernünftigen Miteinanderleben von Menschen ableiten. In Bezug auf unser Leben in Gemeinschaft ist gerade die Würde des Menschen das wertvollste Gut, auf das jeder einzelne Mensch immerzu achten muss. Je nach Mann und jede Frau muss sich daher stets um Achtung vor sich selbst und um Respekt voreinander bemühen. Der Anspruch auf Würde tritt uns ohne Ausnahme in jedem Menschen entgegen. Gelegentliches Zusammenleben basiert darauf, dass Menschen miteinander einen Umgang in Würde pflegen, das heißt in allen Lebenslagen vernünftig miteinander umgehen. Auch die allgemeingültigen Menschenrechte gründen letztlich auf

der Unantastbarkeit menschlicher Würde. Dieses grundsätzliche Gebot der Achtung und Respekt vor einander erfordert, von uns Menschen oft viel Mut, ebenso Demut, aber in keinem Fall Hochmut. Bezüglich des Werdegangs demokratischer Lebensformen führt uns der zentrale Anhaltspunkt „Menschenwürde“ direkt zur Gotteskindschaft aller Menschen. Dazu heißt es in der Bibel: „Gott schuf

**Sozialprinzipien:**  
Solidaritätsprinzip,  
Nachhaltigkeitsprinzip,  
Gemeinwohlprinzip

ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

**Demokratische Lebensformen pflegen vor allem die Würde des Menschen**

Schon der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, war zutiefst davon überzeugt, dass Demokratie nicht nur eine Staatsform, sondern vor allem eine Lebensform sein müsse. Wie ein roter Faden durchzieht diese Sichtweise seine Schriften und Reden. Wie kein anderer verkörperte gerade dieser Bundespräsident den Start Deutschlands in die moderne Demokratie. Durch den vorstaatlichen Artikel 1,1 GG – übrigens ein Novum, was die Geschichte des Verfassungsrechts betrifft – wird in Deutschland der Demokratie als Lebensform die Achtung und der Schutz der Menschenwürde als Lebensinhalt vorgegeben. Dieser Verfassungsartikel ist für unsere Gesellschaft der rechtlich gesicherte Options-

rahmen dafür, dass sich demokratische Lebensformen fortwährend im Weiterentwickeln können. Als demokratischer Lebensinhalt entspricht Menschenwürde der lebendigen Dialektik von Freiheit und Verantwortung des Einzelnen wie des ganzen Volkes. Diese Dialektik entfaltet sich in einem souveränen demokratischen Rechtsstaat vor allem dann, wenn sich dieser ganz der Würde des Menschen verpflichtet weiß. Völker, die aus solchermaßen verfassten demokratischen Lebensformen hervorgehen, pflegen die menschliche Würde vor allem mithilfe der folgenden vier Sozialprinzipien: Solidaritätsprinzip, Subsidiaritätsprinzip, Nachhaltigkeitsprinzip und Gemeinwohlprinzip. Die kunstvolle und ganzheitliche Pflege von Menschenwürde mittels Sozialprinzipien ist wohl auch der eigentlich tiefere Grund für die demokratische Erfolgsgeschichte der Neuzeit. Auch wenn diesbezüglich wahrlich noch vieles auf der Welt im Argen liegt – einschließlich unseres Landes –, so können wir dennoch festhalten: Die verbende Kraft demokratischer Gedanken hat sich nach 1945 so weit verstärkt, dass trotz unterschiedlicher Ideologien und Staatsformen sich inzwischen die Mehrheit der Staaten demokratisch nennt.

Die Frage der Demokratie als Lebensform betrifft generell die Grundfragen des Menschenbildes und der Vergesellschaftung des Menschen überhaupt. Mit der Demokratiefrage steht das ganze Bild vom Menschen, die Frage der Humanität, der Gemeinschafts- und Gesellschaftsbildung überhaupt auf dem Spiel. Begriffen man Denkmokratie ihrem Wesen nach nun als ganzheitliche Lebensform, die von innen her durch menschenwürdige Sozialprinzipien gestaltet wird, dann wird damit auch schnell klar, dass ein staatliches Gemeinwesen, das sich grundsätzlich von dieser Lebensform und diesem Lebensinhalt herleitet,

jenen Status des Sozialismus und Kapitalismus stehen muss. Wird Demokratie nur als bloße Staatsform ohne moralischen Inhalt betrachtet, dann wird damit dem politischen Missbrauch Tür und Tor geöffnet: Dem Sozialisten wie Kapitalisten werden sich für diesen bedenklich fortschreitenden Prozess mehr als genug Beispiele. Demokratische Lebensformen, deren zentrales Anliegen die Pflege

**„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“**

menschlicher Würde ist, entfalten dagegen gemäß ihrem Wesen ein soziales Vermögen, Konflikte zwischen Menschen und Völkern prinzipiell ohne willkürliche körperliche, psychische, intellektuelle oder spirituelle Gewalt auszugetragen. Gerade das staatliche Gewaltmonopol einerseits und die Teilung staatlicher Gewalt andererseits sollen nämlich verhindern, dass das „Recht des Stärkeren“ innerhalb einer Regierung oder unter den Menschen eines Volkes oder sogar unter Nationen um die Herrschaft über Menschen und Völkern verhandelt wird. Freiheit von Gewalt, Erziehung zur Gerechtigkeit, staatliche Gewaltenteilung und Gewaltmonopol sind ebenfalls ganz entscheidende Kriterien, mit denen Demokratie als Lebensform überhaupt gelingen kann. Das soziale Feuer der Gewalt ist nämlich dem moralischen Fundament von Menschheit, denn nach wie vor solche Gewalt ist immer das Problem der Unantastbarkeit menschlicher

als dessen Lösung sie sich aus gibt! Es ist davon auszugehen, dass mit der Verbreitung demokratischer Lebensformen, in denen Menschenwürde als gestaltendes Sozialprinzip herrscht, im Laufe der Zeit die sozialen Überzeugungen in den Völkern dieser einen Welt abnehmen werden und von daher auch innerhalb der Menschheit das politische Höllenfeuer zunehmend seltener außer Kontrolle geraten

**„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“**

kann. Auf diese Weise wird die Anzahl von verheerenden Kriegen zurückgehen und damit auch weniger Menschenleben willkürlich geschädigt oder gar vernichtet. Unabhängige Voraussetzung für diesen politischen Weg zum erhofften Weltfrieden ist jedoch: Innerhalb von demokratischen Lebensformen hat gemäß dem Prinzip vom gerechten Frieden alle Staatsgewalt ausschließlich der Achtung und dem Schutz unantastbarer Menschenwürde zu dienen.

**Demokratische Lebensformen halten unsere Sehnsucht nach Frieden lebendig**

Vor Jahrmillionen lernte der Mensch, das physikalische Feuer zu beherrschen, im Laufe von Jahrtausenden entwickelte sich dann in den nachfolgenden Generationen Schritt für Schritt eine allseits einsetzbare und äußerst gestaltungreiche Kulturtechnik (Essen kochen, Heizung, Licht, Öl-

# Die verschiedenen Arten der Demokratie

## Demokratische Ordnungen der Gegenwart



Zu unterscheiden sind die repräsentative (parlamentarische und präsidiale) Demokratie und solche demokratischen Ordnungen, die einzelne Elemente der repräsentativen und der direkten Demokratie miteinander verbinden.

### Repräsentative Demokratie

Die Bundesrepublik Deutschland ist wie Großbritannien eine repräsentative parlamentarische Demokratie. Ihre Verfassung enthält keine plebiszitären Elemente. Unter Parlamentarismus ist dabei nicht das Vorhandensein und Funktionieren des Parlaments zu verstehen, sondern die Abhängigkeit der Regierung vom Vertrauen vom Volk gewählten Vertreter, der Repräsentanten des Volkes, auch Legislative genannt.

In der repräsentativen Demokratie wird die zentrale demokratische Idee, nach der die politische Herrschaft vom Volke ausgeht und im Auftrag des Volkes wahrgenommen wird, dadurch realisiert, dass die Betrugnis zum Regieren vom Mehrheitswillen der Bürgerschaft abhängig gemacht wird. Der Mindestanforderung dieser Demokratie ist also Genüge getan, wenn das Volk das Parlament, aus dem die Regierung hervorgeht, wählt. Soll dieser Akt der Regierungsbestellung seinem Sinn gerecht werden, sind allerdings mehrere notwendige Bedingungen zu erfüllen. Diese sind so wesentlich, dass man sie zu den Merkmalen der Demokratie zählen kann.

Die Wahlen werden der demokratischen Idee nur dann gerecht, wenn sie wiederholbar sind. Es genügt nicht, dass die Regierung irgendwann einmal von der Mehrheit des Volkes gewählt ist und dann unkontrolliert und ohne das Risiko, wieder abberufen zu werden, die Staatsmacht ausübt. Die Legitimierung der politischen Herrschaft muss immer wieder er-

neuert werden können. Deshalb sind regelmäßig wiederkehrende Wahlen ein Wesensmerkmal der Demokratie.

Natürlich muss die Mehrheit des Volkes die Freiheit haben, die bisherige Regierung zu bestätigen. Es würde aber dem Sinn der Wahlen nicht entsprechen, wenn sie auf diese Möglichkeit begrenzt wären. Das heißt aber, es müssen grundsätzlich Alternativen zur Verfügung stehen.

Um sich ein Urteil darüber bilden zu können, ob er die bisherige Regierung weiterhin im Amt sehen möchte oder ob er einen Wechsel bevorzugt, muss der Bürger Informationen über das Handeln der bisherigen Regierung besitzen. Eine ständige öffentliche Kontrolle ergibt sich damit unmittelbar aus dem Sinn der allgemeinen Wahlen.

Um wirklich auswählen zu können, benötigt der Bürger nicht nur Informationen über das Regierungshandeln, sondern auch über die Personen und Gruppen, die sich als Alternativen anbieten. Also muss sich auch die Konkurrenz der Bewerber um die Macht im Staate so öffentlich wie möglich abspielen.

Aus all dem folgt, dass es einen freien und öffentlichen Wettbewerb der politischen Meinungen, Interessen und Überzeugungen im Staate geben muss. Hier zeigt sich, dass Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit sich nicht nur aus dem fundamentalen Recht des Bürgers auf Entfaltung seiner Persönlichkeit ableiten, sondern auch Vorsetzung für eine funktionierende Demokratie sind.

### Präsidialdemokratie: USA

Als Beispiele einer Präsidialdemokratie sollen die USA dienen. Kennzei-

chen ist die strikte Trennung von Parlament und Regierung. Insofern handelt es sich hier um eine nicht-parlamentarische Demokratie. Der Präsident als Chef der Exekutive geht aus einem Wahlgang hervor, der mit den Parlamentswahlen nichts zu tun hat. Gleichzeitige Zugehörigkeit zu Regierung und Parlament ist nicht möglich. So wie das Parlament keine Möglichkeit hat, dem Präsidenten das Misstrauen auszusprechen und ihn zu stürzen, hat umgekehrt der Präsident kein Aufhebungsrecht. Nur über eine Präsidentenanklage im Falle von Rechtsverletzungen wäre es möglich, ihn vorzeitig aus dem Amt zu entfernen. Das ist in der Geschichte der Vereinigten Staaten erst einmal im 19. Jahrhundert geschehen. Richard Nixon trat 1974 vor Erhebung einer solchen Anklage zurück. Die strikte Trennung zwischen Parlament und Regierung führt dazu, dass der Präsident nicht auf eine ständige Mehrheit vertrauen kann. Um Gesetzesvorhaben durchzubringen, bedarf es wechselnder Mehrheiten, die durch Einflussnahme und Verhandlungen zusammengebracht werden müssen. Kompromissbereitschaft und Fähigkeit zum Ausgleich auf beiden Seiten sind die Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems.

### Formen direkter Demokratie: Schweiz

Als Beispiel für eine direkte Demokratie wird häufig die Schweiz genannt. Bei näherer Betrachtung ist diese Behauptung nicht haltbar, wenn auch die direkte Demokratie besonders in Form von kantonalen Volksabstimmungen eine große Rolle spielt. Die Verfassung der Schweizer Eidgenossenschaft von 1848 (revidiert 1874) kennt als oberstes Organ die Bundesversammlung, die aus dem Nationalrat (Unterhaus) und dem Ständerat

(Vertretung der Kantone) besteht. Der Bundesrat – die Regierung – wird auf vier Jahre von der Bundesversammlung gewählt und hat ihr gegenüber keine sonderlich starke Stellung. Die schweizerische Verfassung weist dem Parlament eindeutig die wichtigere Rolle zu. In der Verfassungswirklichkeit hat sich die Regierung, genauso wie in anderen Demokratien, zur bedeutendsten der drei Gewalten entwickelt. Da der Bundesrat die Bundesversammlung nicht auflösen und diese den Bundesrat nicht stürzen kann, ergibt sich in der Verfassungswirklichkeit eine starke Stellung des Bundesrates, dessen Mitglieder über lange Zeit hinweg im Amte bleiben. Die Kontrolle sowohl über das Parlament als auch über die Regierung wird von den Wahlberechtigten ausgeübt. Aktivbürger stimmen in Volksentscheiden nicht nur über Verfassungsänderungen ab, sondern haben auch das Recht, verschiedene Gesetze durch Volksentscheid aufzuheben und durch Volksbegehren die gesetzliche Regelung bestimmter Fragen zu veranlassen. Wenngleich die repräsentativen Elemente in der schweizerischen Verfassung stark sind, so sind die plebiszitären Elemente kaum schwächer.

Ganz im Gegensatz zu den Erfahrungen der Weimarer Republik haben sich die Elemente der direkten Demokratie in der Schweiz bewährt. Sie haben nicht zur Revolution oder zum Chaos geführt, sondern eher einen bewahrenden Charakter gehabt. Die Auffassung, dass in der Demokratie die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, ist in der Schweiz am stärksten verwirklicht. Die Wahlbevölkerung besitzt die meisten direkten politischen Einwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten von allen Demokratien, gleichwohl sind zwecks Funktion der Regierungssysteme Repräsentativorgane unerlässlich.

# Befehlen Widersinnig: Zum „Staatsbürger in Uniform“ muss man überzeugt werden!



## „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“

Das war im 19. Jahrhundert in Herrschaftshäusern ein sehr geläufiger Satz, der das Grundproblem der 100 Jahre später entstehenden bundesrepublikanischen Demokratie sehr schön verdeutlicht. Den damaligen Entscheidungsträgern war bewusst, dass in der jüngeren deutschen Geschichte die Streitkräfte stets in einer abgeschlossenen Welt, die Soldaten in einem „Staat im Staate“ lebten. Dieser Staat stand den freiheitlichen, demokratischen Prinzipien ablehnend gegenüber, erstreckte sie im Innern durch das Prinzip von Befehl und Gehorsam und war den demokratischen Machthabern meist sehr loyal. Nachdem die lange bekämpften Demokraten die Macht übernommen hatten und demokratische Republiken schufen, stand die Armee ihrem neuen Souverän, den sie eigentlich schützen und beschützen sollte, mehr als skeptisch gegenüber. Die Armee solidarisierte sich weiter mit den alten, undemokratischen Eliten. Mit ihrem erheblichen Macht-potenzial wurde sie dadurch nach 1918 zum größten Unsicherheitsfaktor für die junge deutsche Demokratie der Weimarer Republik.

## Vom Befehlsempfänger zum Staatsbürger in Uniform

Als in der jungen Bundesrepublik die Entscheidung zur Aufstellung eigener Streitkräfte („Wiederbewaffnung“) anstand, hatten viele Parlamentarier daher auch große Sorgen, ob die Armee nicht wieder zu einer Gefahr für die neue Republik werden könnte. Von daher machten viele ihre Entscheidung davon abhängig, dass für die folgende, damals nahezu revolutionäre, ammutende Frage eine Erfolg versprechende Lösung gefunden würde: Wie kann es gelingen, die Streitkräfte nicht nur einer effektiven demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, sondern sie zu einem selbstverständlichen Bestandteil einer freiheitlichen Gesellschaft und rechtsstaatlichen Demokratie zu entwickeln?

Die Lösung dieses zentralen Problems erscheint aus heutiger Perspektive geradezu genial: indem man die Streitkräfte aus Demokratien zusammensetzt! Darüber hinaus sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es diesen Demokratien erleichterten, auch im Dienst an unseren Grund-

werten orientiert zu bleiben. Damit war das Ideal des „Staatsbürgers in Uniform“ geboren und zugleich auch die von diesem Ideal ausgehende, übergreifende Konzeption der „Inneren Führung“.

Einem einfachen Schema zufolge vereinen „Staatsbürger in Uniform“ zu gleichen Teilen die Eigenschaften „einsatzbreiter Soldat“, „verantwortungsbewusster Staatsbürger“ und „individuelle Persönlichkeit“ auf sich. Das Konzept stand den freiheitlichen, demokratischen Prinzipien ablehnend gegenüber, erstreckte sie im Innern durch das Prinzip von Befehl und Gehorsam und war den demokratischen Machthabern meist sehr loyal. Nachdem die lange bekämpften Demokraten die Macht übernommen hatten und demokratische Republiken schufen, stand die Armee ihrem neuen Souverän, den sie eigentlich schützen und beschützen sollte, mehr als skeptisch gegenüber. Die Armee solidarisierte sich weiter mit den alten, undemokratischen Eliten. Mit ihrem erheblichen Macht-potenzial wurde sie dadurch nach 1918 zum größten Unsicherheitsfaktor für die junge deutsche Demokratie der Weimarer Republik.

## Zeitloser Klassiker oder Quatrat des Kreises?

Der Grund dafür, dass seit einem halben Jahrhundert über die „Inneren Führung“ gestritten wird, hat letztlich zum Grunde, dass die ganze Konzeption zum Wandel von dem Zeitgeist und der Ausgestaltung der demokratischen Gesellschaft unterliegt. Faktoren, die den „Staatsbürger in Uniform“ prägen und nicht zuletzt die Anforderungen an die Streitkräfte und die Bedingungen soldatischen Dienens verändern. Das Ideal des „Staatsbürgers in Uniform“ und das Konzept der „Inneren Führung“ haben gleichwohl bis heute nichts von ihrer Aktualität und von ihrem Charme eingebüßt und sind zeitlose Klassiker – sagen jedenfalls die Befürworter.

Es gibt jedoch immer wieder Stimmen, auch aus den Reihen der Soldaten, die darüber stöhnen, dass hier die Quadratur des Kreises versucht werde, weil einsatzbereite Soldaten nun mal keine idealtypischen Staatsbürger seien und umgekehrt. Führt man solche Gedanken weiter, so müsste man letztendlich zu dem Schluss kommen, das „staatsbürgerliche Ethos“ in den Bereich des Privatlebens abzurufen und die „Unternehmensphilosophie“ der Streitkräfte vollständig dem Prinzip von „Befehl und Gehorsam“ unterzuordnen.

Das dies eine mehr als unkorrekte Behauptung ist, die leider immer wieder auftaucht und deswegen als falsch entlarnt werden muss, war und ist den Verantwortlichen in Bundeswehr und Gesellschaft

klar. Vielleicht auch deswegen ist das Konzept der „Inneren Führung“ mit dem Ideal des „Staatsbürgers in Uniform“ ja befohlen. Über das „Ob“ darf also gar nicht diskutiert werden, sondern nur um das „Wie“. Und die Erfolgsgeschichte gibt dem Konzept ja auch recht: Ersten ist es wohl die – geschichtliche bewährte – Grundvoraussetzung dafür, dass Streitkräfte und demokratische Gesellschaft „nur“ noch klar machen, was genau den „Staatsbürger in Zivil“ einander harmonisieren. Zweites ist es aufgrund unseres Menschenbildes und aufgrund der staatsbürgerlichen Fähigkeiten, die wir bei den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz voraussetzen, noch vermittelt werden. Heute gar keine Alternative zum „Staatsbürger in Uniform“. Und drittens muss die Debatte über die „Innere Führung“ fast zwingend so alt sein wie diese selbst, weil sie sich selbst aufgegeben ist: Um „innere Führung“ zu leben, muss man darüber diskutieren, welchen Prinzipien sie folgen soll und was sie leisten muss, und sich mit sich, den Soldaten und der Gesellschaft auseinandersetzen. Das eine geht nicht ohne das andere!

Warum also wird darüber gestöhnt? Auf Anhieb fallen einem zwei Antworten ein: Entweder sind die Rahmenbedingungen für die Konzeption der „Inneren Führung“ zu schlecht – zu denken ist beispielsweise an die hohen Einsatzbelastung und daran, dass sich die Gesellschaft zu wenig für die Streitkräfte interessiert. Diesen Grund kann man wohl ausschließen: Denn die „innere Führung“ nimmt ja gerade solche und andere ähnliche Phänomene in den Blick und versucht, ihnen zu begegnen. Oder aber – und das ist vielleicht ein gewichtiger Punkt – weil die „Staatsbürger in Uniform“ sich langsam rar machen, aus welchen Gründen auch immer. Wären wir damit aber nicht wieder bei dem verworfenen Argument, dass Soldaten und Staatsbürger einfach nicht zusammenpassen? Dass bei der Bundeswehr demnach gute Soldaten zu finden wären und die „Unternehmensphilosophie“ der Streitkräfte besser nach diesem Postulat ausgerichtet werden sollte? Da dies rundweg abzulehnen ist und das Konzept der „Inneren Führung“ eben auf dem „Staatsbürger in Uniform“ aufbaut, bleibt nur eine sinnvolle Handlungsopti-

on übrig: Die Staatsbürger müssen in den Uniformen neu gefunden und in den Streitkräften breit etabliert werden.

„Staatsbürger in Uniform“: Suchen, Erziehen oder Befehlen? Noch vor zehn Jahren kamen viele Staatsbürger zum Bund: politisch gebildete und engagierte junge Wehrpflichtige. Innenmusste man „nur“ noch klar machen, was genau den „Staatsbürger in Zivil“ unterscheidet. Das staatsbürgerliche Ideal dürfte bei vielen schon vorhanden gewesen sein, das soldatische Ethos musste hingegen noch vermittelt werden. Heute dagegen entscheiden sich viele Bundeswehr, weil sie Soldat werden wollen. Menschen, die sich eventuell schon sehr lange mit diesem Beruf und seinem Ethos auseinandergesetzt und vielleicht schon von Anfang an damit identifiziert haben. Ob und wie stark ihr staatsbürgerliches Selbstbewusstsein und ihr gesellschaftliches Engagement ausgeprägt sind, ist aus ihrer Perspektive dagegen von nachrangiger Bedeutung.

Dass diese Einschätzung nicht ganz aus der Luft gegriffen ist, belegen zahlreiche Stimmen und Kommentare. So hört man beispielsweise von Disziplinavorgesetzten immer wieder einmal, dass heute einfach keine „Staatsbürger“ mehr zum Bund kämen und dass man bei den Streitkräften kaum die ganze Erziehung nachholen könne. Dieses Phänomen betrifft aber wohl nicht nur die Streitkräfte, sondern die ganze Gesellschaft, deren Teil sie ja sind. So beklagen auch die Meinungsforschungsinstitute die sich greifende Politikverdrossenheit und, damit zusammenhängend, auch, dass immer weniger Bürger wählen gehen. Das gesellschaftliche Interesse an der Bundeswehr, ihren Aufgaben und dem verworfenen Argument, dass ihrer inneren Verfassung scheint oftmals auch nicht sonderlich ausgeprägt. Zumindest bemängelt der Wehrbeauftragte inzwischen regelmäßig das „freundschaftliche gleichgültige Desinteresse an den Streitkräften“.

Sollten also die beiden Thesen stimmen, dass die beiden Thesen von heute immer seltener „Staatsbürger“ im herkömmlichen Sinne sind und das Konzept der „Inneren Führung“ existentiell vom

Vorhandensein der „Staatsbürger in Uniform“ abhängig ist, wie ist es dann um die Zukunft der „Inneren Führung“ bestellt?

Sicherlich sehr gut! Denn erstens ist für Fatalismus kein Platz, weil dieses Konzept viel zu wertvoll ist für die Soldaten, die Gesellschaft und unsere Republik. Zweites, das Bewusstsein zu schärfen und weils schon immer das Geschäft der „Inneren Führung“ war, sich auf die jeweilige junge Generation neu einzustellen und ihnen sowohl soldatische als auch staatsbürgerliche Tugenden mit auf den Weg zu geben. Drittens, weil die Anforderungen, die die Bundeswehr und die Gesellschaft an unsere Soldaten im Einsatz stellen, nicht nur mithilfe soldatischer Fähigkeiten bewältigt werden können. Dazu braucht es darüber hinaus viele Tugenden, die man von verantwortungsbewussten Staatsbürgern erwartet. Und viertens, weil es vielleicht gar nicht so schlecht ist, die Demokratie in den Streitkräften bestellt ist. Vielleicht sollte man gar nicht so schwarzmalen, sondern einfach die guten Ansätze suchen und verstärken.

Erstetlich also selbst im schlimmsten Falle lediglich die Frage, wie man junge, möglicherweise politikverdrossene Nichtwähler, die gemeine Soldat werden wollen, dazu bewegt, auch gute Staatsbürger zu werden. Sicherlich gibt es Aufgaben, die leichter zu bewerkstelligen sind. Doch gibt es einige Ansatzpunkte, zumal die jungen Menschen ja noch im Prozess ihrer Persönlichkeitsbildung stecken.

Zwei Faktoren sind in diesem Zusammenhang besonders beachtenswert: Erstens schwindet das Bewusstsein darüber, was Demokratie ist, was sie leisten kann und wozu sie gut ist. Das ist das, was sehr bedenklich, weil man sich nur dann für etwas engagiert, wenn man den Wert oder den Nutzen erkennt. Oftmals ist auch an der Basis recht unbekannt, wo man sich überall engagieren und was man bewegen kann, ganz gleich ob im Dienst oder außerhalb der Kasernen. Zweitens macht sich hier und da die Meinung breit, dass gesellschaftliches Engagement ein Klutz am Bein ist. Gerade diese Haltung ist sehr bedauerlich, denn meistens ist ja das Gegenteil der Fall: Ehrenamtliches Engagement bringt oft viel Freude, Schwung und Lebensqualität mit sich.

Das Ziel muss also m. E. lauten, beide Faktoren wieder stärker bei wusst zu machen.

Der Faktor demokratischen Bewusstseins kann sicherlich durch politische Bildung, Belehrung oder Erziehung vermittelt oder vertieft werden. Dies betrifft nicht nur die staatsbürgerlichen „Anfänger“, sondern auch die „Fortgeschrittenen“. Das Bewusstsein zu schärfen und zu erweitern, was man wissen darf, worum es in der Demokratie geht hat noch niemandem geschadet und auch nicht dem ehrenamtlichen Aktiven und schon gar nicht dem Disziplinavorgesetzten. Sie sind es, die hier die Motivation stärken können, indem sie als Vorbilder vorangehen oder wenigstens mit ihren weit reichenden Möglichkeiten die Engagierten unterstützen.

## Nur Begeisterte können begeistern

Doch beim zweiten Faktor, der Freude am ehrenamtlichen Engagement, wird das nicht reichen. Nur Begeisterte können begeistern“ gilt es. Demokratie vorzuleben, den Demokraten beim Bund den Rücken zu stärken, ihnen eine besondere Lobby zu geben oder sie zur Übernahme von Verantwortung zu ermutigen. Und nicht zuletzt die Freude, die das eigene Engagement mit sich bringt, zu zeigen statt zu verbergen.

Eine ständige Aufgabe der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz lautet, die Herzen der Menschen zu gewinnen. Wenn das Ringen um Demokratie in den Streitkräften weiterhin mit dem gleichen Schwung geführt wird, wenn es gelingt, die „Staatsbürger in den Uniformen“ wieder „herauszukitzeln“, dann wird auch das 22. Jahrhundert noch „Staatsbürger in Uniform“ kennen, die sich um eine Weiterentwicklung der „Inneren Führung“ bemühen.



# SUDOKU

**So geht's:** Füllen Sie die leeren Felder des Sudokus mit Zahlen. Dabei müssen in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem der quadratischen Neuner-Blocks aus 3 x 3 Kästchen alle Zahlen von 1 bis 9 stehen. Keine Zahl darf also in einer Zeile, einer Spalte oder einem Block doppelt vorkommen.

**Viel Spaß beim Lösen!**

	8			7			5	
4	3			9		7		
7	9		6	3	8			1
	6				4			9
1	4							
	7				2		3	8
9						1		5
			5					
		3	9					

Auflösung aus dem letzten Heft:

2	7	5	1	3	6	4	8	9
3	9	6	2	4	8	5	1	7
1	8	4	9	7	5	6	2	3
4	6	7	5	2	9	1	3	8
5	2	1	3	8	7	9	6	4
9	3	8	4	6	1	7	5	2
8	1	2	7	5	4	3	9	6
7	5	3	6	9	2	8	4	1
6	4	9	8	1	3	2	7	5

## Impressum

**zum Thema** – Themenheft für Soldatinnen und Soldaten zum Lebenskundlichen Unterricht

**Herausgeber:**  
Katholisches Militärbischofsamt  
Am Weidendamm 2, D-10117 Berlin  
Fon: 030/20617-0  
Fax: 030/20617-199  
Internet: www.katholische-militaerseelsorge.de  
E-Mail: kmba@bundeswehr.org

**Verlag:**  
MEDIKOM GmbH Verlagsgesellschaft  
Breite Straße 40, D-50667 Köln  
Fon: (0221) 990 33-0  
Fax: (0221) 990 33-550  
E-Mail: verlag@medikom.de  
Internet: www.MEDIKOM.de

**Autoren/Textzusammenstellung:**  
Stefan Dengel (SD)  
Franz Eisend (FE)  
Barbara Ogrinz (BO)  
Manfred Suermann (MS)

**Schlusslektorat:**  
Dr. Markus Weber

**Grafisches Konzept, Gestaltung & Objektleitung:**  
MEDIKOM GmbH Verlagsgesellschaft  
Petra Drumm  
Fon: (0221) 990 33-590  
E-Mail: drumm@medikom.de

**Anzeigen:**  
MEDIKOM ADVERTISING  
Breite Straße 40, D-50667 Köln  
Fon: (0221) 990 33-300  
Fax: (0221) 990 33-399  
E-Mail: advertising@medikom.de

**Druck:**  
Vorländer & Rothmaler GmbH & Co.  
KG, Siegen

**Abbildungsnachweise:**  
Titel: Yves Lefevre/ gettyimages;  
S. 3, The Bridgeman Art Library/  
gettyimages; S. 4, Bonnie Schupp Photo-  
graphy/ istockphoto; S. 5, Nina Ruecker/  
Stringer/ gettyimages; S. 6, Racsomedia/  
istockphoto; S. 8, S. 9 Hulton Archive/  
gettyimages; S. 10, The Bridgeman Art  
Library/ gettyimages; S. 11, S. Grawe/  
Medikom; S. 12, Keystone/ Hulton Archive/  
gettyimages; S. 13, Keystone/ Staff/ Hulton  
Archive/ gettyimages; S. 14, Fox Photos/  
Stringer/ Hulton Archive; S. 17, S. Grawe/  
Medikom, S. 18, Increa/ fotolia;  
S. 20, m.schuckart/ fotolia S. 22, Darren  
McColleston/ gettyimages; S. 24, Tom Stod-  
dart/ gettyimages; S. 28, sk design/ fotolia  
S. 30, Andreas Rentz/ gettyimages;  
S. 31, Dan Race/ fotolia, S. 32 Sudoku:  
P. Drumm



Die nächste Ausgabe behandelt  
den Themenschwerpunkt  
„Führungsverantwortung“